

Ergebnis der Sondierungsgespräche zwischen
CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen
(15.11.2017)

Uns eint die Verantwortung für die Menschen und die Zukunft unseres Landes. Wir sind durch das Wahlergebnis vor die Aufgabe gestellt, eine handlungsfähige und erfolgreiche Bundesregierung zu bilden. Die Menschen erwarten von uns, gemeinsam zentrale Herausforderungen unserer Zeit anzugehen.

Unsere Parteien haben seit vielen Jahren verantwortlich Politik mit teils sehr unterschiedlichen Positionen gestaltet. Gleichwohl haben wir ausgehend von unseren Werten, Überzeugungen und Programmen in intensiven Gesprächen um Antworten gerungen. Wir wollen aus unterschiedlichen Auffassungen neue und überzeugende Antworten gewinnen.

Wir wollen Chancen, Respekt und Sicherheit für alle, damit sich jede und jeder gleichermaßen in unserem Land entfalten kann. Wir wollen das Vertrauen in unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat stärken. Wir stehen zu unserer Verantwortung für Europa und in der Welt.

- Wir wollen die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, einen funktionierenden Sozialstaat und die Solidität der öffentlichen Finanzen gleichermaßen stärken. Dies alles bedingt einander.
- Wir wollen unseren Beitrag für den weltweiten Klimaschutz leisten, denn der Klimawandel bedroht die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen. Ökologie und Ökonomie gehören zusammen.
- Wir fördern und entlasten umfassend Familien und Kinder, weil sie die Grundlage unseres Zusammenlebens und unserer Zukunft sind.
- Wir wollen faire und gleiche Chancen für alle durch beste Bildung. Dies ist Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, eine innovative und gerechte Gesellschaft sowie nachhaltiges Wachstum und Wohlstand.

- 39 • Wir wollen eine freie und offene Gesellschaft. Wir setzen uns ein für
40 Gleichberechtigung, Bürgerrechte und einen starken Rechtsstaat.
41
- 42 • Wir schützen die Menschen und ihre Freiheit durch gut ausgestattete
43 Polizei und Sicherheitskräfte. Denn Freiheit kann nur in Sicherheit
44 gelebt werden.
45
- 46 • Wir wollen Integration fördern sowie Migration steuern [und begrenzen].
47 Erst dadurch wird es möglich, dass wir sowohl der Verantwortung
48 gegenüber unserem Land als auch unserer humanitären Verantwortung
49 gerecht werden.
50
- 51 • Wir wollen die Chancen der Digitalisierung ergreifen für mehr
52 Lebensqualität und Teilhabe, zukunftsfähige Arbeitsplätze und eine
53 wettbewerbsfähige Wirtschaft sowie einen modernen und bürgernahen
54 Staat.
55
- 56 • Wir wollen die Menschen bei Steuern, Abgaben und Bürokratie
57 entlasten.
58
- 59 • Wir wollen die Möglichkeit zu sozialer und gerechter Gestaltung unserer
60 Sicherungssysteme ausbauen.
61
- 62 • Wir zielen auf gleichwertige Lebensverhältnisse überall im Land. Dabei
63 wollen wir insbesondere ländliche Räume stärken.
64
- 65 • Wir wollen ein starkes Europa. Denn Deutschland kann es nur gut
66 gehen, wenn es Europa gut geht.
67

68 Wir sind in unseren Gesprächen noch nicht am Ziel. Wir haben einen ersten
69 Schritt getan und genug Gemeinsamkeiten erarbeitet, um die Aufnahme von
70 Koalitionsverhandlungen zu empfehlen. Auf dieser verbindlichen, aber nicht
71 abschließenden Grundlage können wir Koalitionsverhandlungen führen.
72

1. Wirtschaft, Wohlstand, Arbeit und Steuern

Deutschland verfügt über eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt. Grundlage dieser Stärke ist die Soziale Marktwirtschaft und unsere weltweit einzigartige Wirtschaftsstruktur aus großen, mittleren und kleinen Unternehmen. Selbständige, freie Berufe, Handwerk und Mittelstand sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und schaffen mit Abstand die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze in Deutschland.

Um dieses Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft zu erhalten und fortzuentwickeln, wollen wir die Herausforderungen und Chancen einer zunehmenden Globalisierung und der Digitalisierung gestalten und die Klimaschutzziele einhalten.

Die technische und ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft lässt sich am besten durch die Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gestalten. Soziale Marktwirtschaft verlangt Teilhabe aller und fairen Wettbewerb.

Dabei leiten uns folgende Grundsätze:

- Wir wollen Vollbeschäftigung in unserem Land erreichen.
- Freiheitliches unternehmerisches Handeln und Verantwortung für das eigene Tun sind zwei Seiten einer Medaille. Es gilt die Einheit von Handeln, Verantwortung und Haftung.
- Wir wollen Bürokratie abbauen insbesondere für Gründer und Start-ups, um den Beginn von Selbständigkeit zu vereinfachen.
- Wir sehen die Tarifpartnerschaft als Stärke unserer Wirtschaft, die es zu erhalten gilt.
- Wir setzen auf Anreize zu Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft sowie Chancengerechtigkeit als Grundlage für Investitionen, nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze.
- Wir wollen die Spitzentechnologien in Deutschland halten, ausbauen und fördern. Zum Beispiel wollen wir, dass zukunftsfähige Energiespeichermedien wie Batteriezellen bei uns und in Europa besser erforscht, entwickelt und produziert werden.

Kleine Selbständige/Stärkung der freien Berufe/Gründerkultur und Wagniskapital

Wir wollen die freien Berufe stärken und ausbauen.

- Wir setzen uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass die Mitgliedsländer ihre Konditionen für das Anbieten von Dienstleistungen in

117 diesem Sinne weiter selbst regulieren können. Das Herkunftslandprinzip
118 darf nicht durch die Hintertür eingeführt werden.

119 - Wir wollen den Meisterbrief erhalten.

120

121 Wir wollen Unternehmensgründungen erleichtern und weiter fördern, um
122 insbesondere den Beginn von Selbständigkeit zu vereinfachen. Wir wollen
123 eine neue Gründungsmentalität. Dazu wollen wir eine „neue Gründerkultur“
124 etablieren, etwa mit einem Gründer- und Starter-Paket. Dazu gehören unter
125 anderem:

126

127 - Gründerstipendium,

128 - Gründerkapital,

129 - Rahmenbedingungen Crowdfunding.

130 - Wir wollen die Zugänge zu Wagniskapital für Startups und Unternehmen
131 in der Wachstumsphase stärken und soweit erforderlich mit einem
132 Venture Capital Gesetz die steuerlichen Förderbedingungen hierfür
133 verbessern.

134 - Wir wollen unnötige Bürokratie insbesondere für Gründer und Startups
135 abbauen und dabei auch die Chancen der Digitalisierung nutzen (siehe 5.
136 Bürokratieabbau).

137 - Wir wollen insbesondere Existenzgründerinnen den Weg in die
138 Selbständigkeit ebnen.

139

140 Wir wollen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für digitale
141 Geschäftsmodelle verbessern, indem wir die Zugänge zu Wagniskapital für
142 Startups und Unternehmen in der Wachstumsphase stärken,
143 wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen (Ökosysteme) schaffen und die
144 Vernetzung von Unternehmen untereinander und mit anderen Akteuren der
145 digitalen Transformation verbessern.

146

147 Wettbewerbs- und Kartellrecht

148

149 Wir wollen das Wettbewerbs- und Kartellrecht stärken und fit machen für das
150 digitale Zeitalter. Fairer Wettbewerb ist die tragende Säule der sozialen
151 Marktwirtschaft und Motor für Innovation und Kreativität. Dabei steht das
152 Interesse an funktionierenden Märkten und sicheren Daten im Vordergrund.

153

154 - Wir werden [in Koalitionsverhandlungen] prüfen, welche Instrumente des
155 Wettbewerbsrechts dafür geschärft werden müssen.
156 (Anwendungsbereich Ministererlaubnis, EU-Fusionskontrolle,
157 Entflechtungsmöglichkeit).

158 - Wir wollen eine schnellere Durchführung von Missbrauchsverfahren.

159 - Für die Vereinbarkeit des Kartellrechts mit den Belangen von
160 Genossenschaften, die wir stärken wollen, werden wir Leitlinien
161 entwickeln.

- 162 - Fairen Wettbewerb sichern, mit der Anpassung des Wettbewerbsrechts
163 durch die Einschränkung des Abmahnmissbrauchs.

164 165 Green Finance

166
167 Wir wollen die Rahmenbedingungen für nachhaltige Finanzprodukte (Green
168 Bonds, Green Infrastructure) EU-weit verbessern. Wir unterstützen die
169 Erarbeitung einer Anlagekategorie für nachhaltige Finanzprodukte, soweit
170 hiermit für berichtspflichtige Unternehmen und Kapitalmarktunternehmen keine
171 überzogenen Bürokratielasten verbunden sind. Nachhaltige Kapitalanlagen
172 stellen einen Wachstumsmarkt dar und können den Finanzplatz Deutschland
173 stärken.

174
175 [Zudem wollen wir eine Divestment-Strategie des Bundes sowie seiner
176 Stiftungen, Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts auf- und
177 ausbauen. Hierbei darf das Ziel einer möglichst ertragreichen Anlage nicht aus
178 dem Blick geraten.]

179 180 Bürokratieabbau

181
182 Wir wollen unnötige Bürokratie abbauen.

- 183
184 - Wir werden bestehende und künftige Regelungen einer Kosten-Nutzen-
185 Analyse unterziehen und den Leitfaden zur Ermittlung und Darstellung
186 des Erfüllungsaufwandes überarbeiten.
187 - Wir prüfen weitere bürokratische Entlastungen bei der Vorfälligkeit der
188 Sozialversicherungsbeiträge.
189 - Wir werden die Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungsfristen unter
190 Berücksichtigung der Möglichkeiten der Digitalisierung überprüfen.

191
192 [Wir wollen eine zeitliche Begrenzung von Gesetzen sowie eine qualitative und
193 quantitative Weiterentwicklung der one-in-one-out-Regelung. Ggf. One-in-two-
194 out-Regelung. Entbürokratisierung Mindestlohn. 1-zu-1-Umsetzung EU-
195 Richtlinien. Flexibilisierung des Arbeitszeitrechts. Regelungen zum Schutz von
196 Menschenrechten, der Interessen der Beschäftigten sowie der Umwelt sind
197 vom Bürokratieabbau ausgeschlossen.]

198 199 Balance zwischen ökologischer und wachstumsorientierter Politik

200
201 Soziale Marktwirtschaft fördert keine Monopole und wirtschaftliche
202 Machtballungen. Freier und fairer Handel [und eine exportorientierte
203 marktwirtschaftliche Außenwirtschaftspolitik sind] ist eine wichtige Säule der
204 sozialen Marktwirtschaft und schafft Wohlstand für alle Beteiligten. Soziale
205 Marktwirtschaft heißt auch, die Verzahnung von Ökonomie, Ökologie und
206 sozialen Aspekten. Deutsche Produkte sind nachhaltig und auch deshalb

international gefragt. In vielen Umwelttechnologien ist Deutschland Exportweltmeister. Derzeit nimmt die deutsche Wirtschaft im Bereich Umwelt- und Effizienztechnologien eine führende Stellung ein. Ziel soll es sein, dass dies auch im Bereich digitaler Umwelt-, Effizienz- und Steuerungstechnologien in der Industrieproduktion und in den Bereichen Energie und Mobilität dauerhaft gelingt. Die Digitalisierung soll als Nachhaltigkeitsmotor Energie- und Ressourceneffizienz entscheidend voranbringen.

- Daher wollen wir Forschung und Entwicklung weiter technologieoffen vorantreiben.
- Wir wollen Innovationen und Kreativität fördern – mit einer steuerlichen Forschungsförderung mit besonderer Mittelstandsprägung.
- Zur Fachkräftesicherung muss die Weiterbildung und Qualifizierung gemeinsam mit Tarifpartnern und Ländern weiter ausgebaut werden.

Langzeitarbeitslose

Gemeinsames Ziel ist es, mehr Langzeitarbeitslosen den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Deshalb wollen wir

- die nachholende Qualifizierung ausbauen sowie uns um spezielle Zielgruppen (u.a. Alleinerziehende und junge Erwachsene ohne Schul- und Ausbildungsabschluss) intensiver kümmern.
- die Fördermaßnahmen der Jobcenter evaluieren, vergleichbar machen und verbessern sowie mehr regionale Entscheidungsspielräume ermöglichen.
- die Zuverdienstgrenzen im Arbeitslosengeld II gezielt verbessern, um mehr Menschen aus dem Transferbezug herauszuholen. Fehlanreize sind dabei zu vermeiden.
- eine dauerhafte gezielte Förderung für Langzeitarbeitslose mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen über einen Passiv-Aktiv-Transfer einführen, um sie an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen. Dabei sind Fehlanreize zu vermeiden.

Arbeitsmarkt

- Wir wollen befristete Arbeitsverträge mit und ohne Sachgrund erhalten, aber ihren Missbrauch bekämpfen.
- Der Mindestlohn gilt. Wir wollen sicherstellen, dass ehrenamtliche Tätigkeit nicht erschwert wird. [Darüber hinaus wollen wir eine Entbürokratisierung, z.B. bei Dokumentationspflichten, Auftraggeberhaftung und Praktika erreichen.]

- [Wir wollen das Arbeitszeitgesetz so verändern, dass die Spielräume der EU-Arbeitszeitrichtlinie [durch die Tarifpartner] genutzt werden können.]
- [Wir wollen die Mini- und Midijob-Grenze dynamisieren] [und im Gegenzug eine Rentenversicherungspflicht einführen].

Paket kleine Selbständige

Wir wollen Selbstständigkeit fördern und Selbständige entlasten, unter anderem durch Bürokratieabbau, insbesondere bei der Statusfeststellung, und eine Reduzierung der Mindest-Krankenversicherungsbeiträge.

In Verbindung damit wollen wir auch eine gründerfreundliche Pflicht zur Altersvorsorge für nicht anderweitig abgesicherte Selbständige einführen, die Wahlfreiheit sicherstellt. Selbständige sollen frei in der Wahl ihrer Absicherung sein, wenn diese insolvenzsicher ist und zu einer Absicherung oberhalb des Grundsicherungsniveaus führt.

Die Riesterförderung soll künftig auch Selbständigen offenstehen.

2. Klima, Energie und Umwelt

Klimaziele 2020, 2030, 2050 einhalten

1. Das Klimaschutzabkommen von Paris sowie die europäischen und nationalen Klimaziele für 2020, 2030 und 2050 gelten.

2. Wir wollen die Einhaltung dieser Ziele erreichen und gleichzeitig die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit von Energie sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft gewährleisten.

3. Zur Erreichung dieses Zieldreiecks sind zusätzliche Maßnahmen in folgenden relevanten Bereichen erforderlich:

Sofortprogramm, zusätzliche Reduktionsbeiträge für 2020, Beitrag der Kohle zur CO₂ Reduzierung

[Die Handlungslücke zur Erreichung des Klimaschutzziels 2020 beträgt nach derzeitigen Schätzungen zwischen 32 und 66 Millionen Tonnen CO₂. Diese Lücke wird bis zur Hälfte durch die Reduzierung der Kohleverstromung geschlossen. Zur Wahrung der Versorgungssicherheit wird die Kohleverstromung damit bis zum Jahr 2020 um höchstens 3 bis 5 Gigawatt reduziert.] [CDU, CSU, FDP]

[Die Handlungslücke zur Erreichung des Klimaschutzziels 2020 beträgt nach derzeitigen Schätzungen zwischen 90 und 120 Millionen Tonnen CO₂. Zur Schließung der Lücke müssen alle Sektoren ihren Beitrag leisten. Mindestens die Hälfte dieser Lücke wird durch die Reduzierung der Kohleverstromung geschlossen. Daraus folgt, dass die Kohleverstromung bis zum Jahr 2020 um 8 bis 10 Gigawatt zu reduzieren ist. Darüber hinaus werden wir ein Kohleausstiegsgesetz beschließen, mit dem wir die Pariser Klimaziele erfüllen.] [Grüne]

Dies muss planbar und sozialverträglich erfolgen. Die Interessen der Regionen und der Beschäftigten müssen dabei gewahrt bleiben. Den Strukturwandel werden wir [finanziell] [CDU, CSU, Grüne] unterstützen.

Die verbleibende Lücke [wird] [Grüne] [wollen wir] [CDU, CSU, FDP] durch Maßnahmen in weiteren Bereichen [geschlossen] [Grüne] schließen [CDU,

CSU FDP]. Dazu gehören unter anderem zusätzliche Anstrengungen bei den Erneuerbaren Energien, Austauschprogramm Heizungen, Gebäudesanierungen und die Förderung alternativer Antriebsformen, insbesondere Elektromobilität.

Erneuerbare Energien

Wir wollen eine Reform des EEG, die dazu beiträgt, die Erneuerbaren Energien zur Marktreife zu bringen. Wir werden den Ausbau der erneuerbaren Energien [analog zu den Klimazielen] [Grüne] kosteneffizient [beschleunigen] [Grüne] [vorantreiben] [CDU, CSU, FDP]. [Wir werden die gesetzliche Deckelung von Ökostrom streichen.] [Grüne]
[Wir werden die EEG-Umlage für Neuanlagen abschaffen. Für alte Anlagen gilt Bestandsschutz.] [FDP]

Wir werden die Ausschreibungen reformieren, um die Projektumsetzung, die regionale Verteilung, die Akzeptanz der Anwohner sowie den Umwelt- und Landschaftsschutz beim Ausbau der Erneuerbaren Energien sicherzustellen. Wir wollen den Netzausbau beschleunigen. [Wir werden dafür das Netzausbaubeschleunigungsgesetz novellieren.] [CDU, CSU, FDP]

Speichertechnologien

Wir werden Speichertechnologien durch Forschung und Entwicklung von Batterietechnologien sowie Power-to-„X“-Verfahren, den weiteren Abbau von bürokratischen Hemmnissen sowie von Umlagen und Abgaben voranbringen und weiter fördern.

Wir werden die Sektorenkopplung und die Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung voranbringen.

Austauschprogramm Heizungen, Gebäudesanierung

Wir legen ein unbürokratisches Förderprogramm für den Austausch alter Heizungen zu Gunsten klimafreundlicher Heizsysteme unter Einbeziehung Erneuerbarer Energien auf. Wir werden die energetische Gebäudesanierung [für selbstnutzende Eigentümer] [Grüne] steuerlich fördern.

[Wir werden Kommunen mit einem neuen Förderprogramm bei der sozialverträglichen energetischen Sanierung von Wohnquartieren unterstützen] [Grüne].

Weitere Maßnahmen

Wir wollen den Emissionshandel stärken,
[die Einführung von Emissionshandelssystem in den Bereichen Verkehr und Wohnen prüfen und im Gegenzug die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß senken.] [CDU, CSU, FDP]
[deswegen wollen wir einen CO₂-Mindestpreis im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit in Europa einführen.] [Grüne]

[Wir wollen eine aufkommensneutrale, am CO₂-Gehalt orientierte Reform der Energiesteuern auf Heiz- und Kraftstoffe, unter Berücksichtigung der Stromsteuer.] [Grüne]

Wir ermöglichen die degressive Abschreibung für Effizienzmaßnahmen in der Industrie und für CO₂-arme Prozesse.

Wir steigen in die CO₂-Kreislaufwirtschaft ein.

Wir digitalisieren und flexibilisieren die Energieinfrastruktur.

Wir stärken den internationalen Klimaschutz.

[Wir garantieren Planungssicherheit für energieintensive Unternehmen zur Vermeidung von Carbon Leakage]. [CDU, CSU, FDP]

Verkehrsleitsystem

Wir werden die Potentiale der Digitalisierung und neuer Technologien emissionsarmer Mobilität (insbesondere Elektromobilität) stärker nutzen, um Verkehr effizienter und umweltfreundlicher zu gestalten und Staus zu reduzieren.

Umwelt

Wir sind der Bewahrung der Schöpfung für uns und unsere Kinder verpflichtet. Eine saubere Umwelt und der Schutz unserer einzigartigen Natur sind unser Ziel. Dafür werden wir wirksame Maßnahmen ergreifen, um den Artenschwund

384 zu stoppen, [die Landnutzung umweltgerecht zu gestalten] [FDP], Wasser und
385 Böden besser zu schützen, die Luft sauber zu halten und unsere wertvollen
386 Ressourcen im Kreislauf zu führen.

387
388 [Wir werden umgehend die Ursachen des Rückgangs der
389 Insektenpopulationen untersuchen und gleichzeitig ein Sofortprogramm für
390 den Schutz und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Insekten
391 erarbeiten und umsetzen.] [CDU, CSU, Grüne].

392
393 [Wir werden Umwelt- und Klimapolitik gemeinsam mit allen gesellschaftlichen
394 Partnern effizient, technologieoffen und innovationsfördernd gestalten und
395 damit den Wirtschaftsstandort stärken und Arbeitsplätze sichern und
396 zukunftsfähig machen.] [CDU, CSU, FDP].

3. Familien und Kinder, Frauen, Senioren und Jugend

Eine gute Politik für Familien und Kinder ist für uns von zentraler Bedeutung. Wir wollen die politischen Rahmenbedingungen so setzen, dass Familien so leben können, wie sie es sich selbst wünschen. Dafür brauchen sie finanzielle Unterstützung, Zeit für Familie und eine passgenaue Infrastruktur zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verlässliche Bildungs- und Betreuungsangebote.

Wir wollen alle Familien finanziell entlasten und den Bezug von familienbezogenen Leistungen zielgenauer und unbürokratischer gestalten. Dabei steht für uns die Bekämpfung der Kinderarmut in einem besonderen Fokus.

Zur besseren Absicherung von Kindern, werden wir folgende Maßnahmen ergreifen:

Das Kindergeld wird deutlich erhöht. Der Kinderzuschlag wird zukünftig automatisch ausgezahlt, um sicher zu stellen, dass alle Kinder, die einen Anspruch darauf haben, den Zuschlag auch erhalten. Der Auszahlungsbetrag wird erhöht, so dass er zusammen mit dem Kindergeld den Mindestbedarf nach Lebensalter garantiert. Zudem wird die Höchsteinkommengrenze abgeschafft. Neben dem Kindergeld wird auch der Kinderfreibetrag erhöht. Auch die Bedarfe für Bildung und Teilhabe sollen verbessert werden: Das Schulstarterpaket soll erhöht werden und der Eigenanteil zur gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in Kitas und Schulen soll entfallen.

Wir wollen Leistungen bündeln und auf ihre Wechselwirkung mit anderen Leistungen hin überprüfen. Insbesondere wollen wir Anreize setzen, die die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit auf Seiten der Eltern befördern und sicherstellen, dass sich Erwerbstätigkeit lohnt.

* Anlage:

Vorstellungen konkret:

- 25€ Erhöhung Kindergeld, entsprechende Erhöhung Freibetrag [auf 8.000 €]
- Kinderzuschlag und Kindergeld sollen zusammen Mindestbedarf nach Lebensalter decken – durchschnittlich 399 € / In 2018
- Schulstarterpaket erhöhen von 100€ auf 153€
- Eigenanteil zur gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung: 1 €

438

439 Damit Mütter und Väter Familie und Beruf besser vereinbaren können, wollen
440 wir bedarfsgerecht flexible, qualitativ hochwertige Bildungs- und
441 Betreuungsangebote in Krippen und Kitas und für Grundschulkinder fördern.

442

443 Der Bund wird sich weiterhin an der Finanzierung zusätzlicher Krippen- und
444 Kita-Plätze wie auch der Tagespflege und an Maßnahmen zur Verbesserung
445 der Qualität beteiligen. Für den bedarfsgerechten Ausbau der
446 Betreuungsangebote soll der bisherige Haushaltsansatz („Sondervermögen
447 Kinderbetreuungsausbau“) weitergeführt bzw. bedarfsgerecht erhöht werden.
448 [CSU: Wir stehen für die Wahlfreiheit der Eltern im Hinblick auf Erziehung und
449 Betreuung ihrer Kinder. Daher stellt der Bund daneben den Ländern die Mittel
450 aus dem früheren Betreuungsgeld (Betreuungsgeldmilliarde) über 2018
451 unbefristet zur Verfügung.] Die Qualität in den Kindertageseinrichtungen soll
452 durch die Umsetzung des Beschlusses der JFMK vom Mai 2017 verbessert
453 werden.

454

455 [Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für
456 Grundschulkinder. Vorbehaltlich der Einigung über den Umsetzungsweg (z.B.
457 Wegfall Kooperationsverbot)]

458

459 Im Familienrecht müssen das Kind und sein Wohl im Mittelpunkt stehen.

460 [Grüne: Seine Bindungen zu leiblichen wie sozialen Eltern sollen geschützt
461 werden. Wir wollen die rechtlichen Konsequenzen der „Ehe für alle“ schnell
462 umsetzen und dabei insbesondere eine Regelung schaffen, um die
463 Stiefkindadoption überflüssig zu machen. Elternschaftsvereinbarungen schon
464 vor der Zeugung wollen wir möglich machen. In einer Kommission werden wir
465 außerdem prüfen, welche weiteren familienrechtlichen Fragen einer
466 Präzisierung bzw. Neuregelung bedürfen. Zudem wollen wir das
467 Transsexuellengesetz reformieren, dabei insbesondere Namen- und
468 Personenstandsänderung erleichtern, und das Urteil des
469 Bundesverfassungsgerichts zur Intersexualität umgehend umsetzen. Zudem
470 wollen wir einen Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit aufstellen
471 und konsequent umsetzen. Die Diskriminierung unverheirateter und lesbischer
472 Paare beim Zugang zur Reproduktionsmedizin wollen wir beenden.]

473 [FDP: Modernes Familienrecht Im Familienrecht müssen das Kind und sein
474 Wohl im Mittelpunkt stehen. Seine Bindungen zu leiblichen wie sozialen Eltern
475 sollen geschützt werden. Wir wollen die rechtlichen Konsequenzen der „Ehe
476 für alle“ schnell umsetzen und dabei insbesondere eine Regelung schaffen,

um die Stiefkindadoption in den Fällen überflüssig zu machen, in denen der leibliche Vater nicht rechtlicher Vater sein will. Um in den anderen Fällen Rechtssicherheit zu schaffen, wollen wir Elternschaftsvereinbarungen schon vor der Zeugung möglich machen. In einer Kommission werden wir außerdem prüfen, welche weiteren familienrechtlichen Fragen einer Präzisierung bzw. Neuregelung bedürfen. Zudem wollen wir das Transsexuellengesetz reformieren, dabei insbesondere Namen- und Personenstandsänderung erleichtern, und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Intersexualität umgehend umsetzen. Wir werden einen eigenständigen Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit mit konkreten und nachprüfbaren Maßnahmen entwickeln und umsetzen, der auch die Arbeitswelt einschließt. Abstimmungen zu Fragen der Reproduktionsmedizin werden wir freigeben. Das sog. Wechselmodell als Modell zur Regelung der Betreuung minderjähriger Kinder machen wir nach Trennung oder Scheidung der Eltern zum Regelfall, wenn das Kindeswohl dem nicht entgegensteht und die Eltern keine einvernehmliche Regelung treffen.]

[Union: Wir schützen und fördern Ehe und Familie ohne dabei andere Lebensformen auszugrenzen oder zu diskriminieren. Wir sehen und anerkennen die einzelnen Lebensentwürfe und die damit verbundenen unterschiedlichen Familienmodelle. Das BGB gibt bereits heute die Möglichkeit, individuell darauf zu reagieren. Das Kindeswohl im Einzelfall ist und bleibt für uns der Maßstab für Aufenthalts- und Betreuungsregelungen. Die Möglichkeiten zur Anerkennung von im Ausland geschlossenen Mehrehen werden wir abschaffen.

Wir verurteilen Diskriminierung jeder Art und treten ihr energisch entgegen. Den entsprechenden Nationalen Aktionsplan von 2017 werden wir insbesondere auf seine Vorschläge gegen Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Identität überprüfen, wo nötig ergänzen und umsetzen. In diesem Kontext erfolgte Maßgaben des Bundesverfassungsgerichtes werden wir zügig umsetzen.]

Wir wollen, dass Familien mehr Zeit füreinander haben und insbesondere Beruf und Pflege miteinander vereinbar sind. Im Sinne von Wahlfreiheit wollen wir Eltern darin unterstützen, ihrem Wunsch nach einer partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit entsprechen zu können. Das Thema Lebensarbeitszeitkonten, Familienzeitkonten und KinderZeit Plus wird im Rahmen eventueller Koalitionsverhandlungen näher beraten.

Im Bereich der Gleichstellung wurden Fortschritte erreicht, aber weitere Anstrengungen sind notwendig.

[Union und Grüne bekennen sich zu dem grundsätzlichen Ziel, einen Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit gesetzlich zu verankern, wobei sie dies an folgende unterschiedliche Bedingungen knüpfen wollen:

- Bündnis 90/DIE GRÜNEN möchten eine Regelung analog zur Regelung im Teilzeit- und Befristungsgesetz (insbesondere: soll für Betriebe ab 15 Mitarbeitern gelten)

- Für die Union bedürfen die Frage der Betriebsgröße (200 Arbeitnehmer) sowie die Frage, ob der Anspruch anlasslos oder für bestimmte Lebenssituationen (Kinderziehung, Pflege) gelten soll, der besonderen Klärung.

- Für die FDP ist die Zustimmung zu diesem Ziel an weitere Bedingungen zu knüpfen (der Arbeitnehmer muss für mind. 1 Jahr in Teilzeit gehen und seine Arbeitszeit auf min. 50 Prozent reduzieren, die Regelung gilt nur für einen max. Anteil der Belegschaft von 10 oder 15 Prozent).]

[Grüne: Abschaffung Ehegattensplitting für Neu-Ehen]

[FDP, Grüne: Auswirkungen des aktuellen Steuerrechts auf die ökonomische Ungleichheit zwischen Männern und Frauen wollen wir reduzieren. Bei Erwerbstätigkeit beider Partner erhalten beide die Steuerklasse IV und können auf Antrag das Faktorverfahren wählen. Einseitige Modelle, wie die Steuerklasse V, wollen wir abschaffen. Die Steuerklasse III bleibt erhalten.]

[Union: Beibehaltung Ehegattensplitting]

[CSU: keine Änderung des Steuersystems]

[Union + FDP:] Gewalt gegen Frauen, Bedrohungen und Übergriffe müssen konsequent verfolgt und bestraft werden, Schutz- und Aufnahmeeinrichtung zur Verfügung gestellt werden. Der Bund ist bereit, sich an der Aus- und Fortbildung der in diesen Einrichtungen Beschäftigten angemessen zu beteiligen.]

[Grüne: Gewalt gegen Frauen, Bedrohungen und Übergriffe müssen konsequent verfolgt und bestraft werden. Wir werden für eine sichere und ausreichende Finanzierung von Frauenhäusern unter Beteiligung des Bundes sorgen. Keine Frau in Not darf abgewiesen werden. Hierzu werden wir gemeinsam mit den Ländern zu Beginn dieser Legislaturperiode ein Konzept erarbeiten und innerhalb dieser Legislaturperiode umsetzen.]

554 Gerade in ein einer alternden Gesellschaft dürfen die Interessen der Kinder
555 und Jugendlichen nicht hinten anstehen. Wir wollen deshalb dafür sorgen,
556 dass die Belange der Kinder und Jugendlichen eine wichtige Rolle spielen.

557

558 Wir wollen die Rechte von Kindern ausdrücklich ins Grundgesetz aufnehmen.

559

4. Soziales, Rente, Gesundheit und Pflege

Sozialversicherungsbeiträge

Unser gemeinsames Ziel ist die Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge [unter 40 Prozent]. Dazu sollen unter anderem versicherungsfremde Leistungen künftig stärker als bisher über Steuern finanziert werden.

[Den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wollen wir senken, sobald eine ausreichende Rücklage erreicht ist.]

Rente

[Es ist zu erwarten, dass das Rentenniveau und die Beitragssätze in dieser Legislaturperiode stabil bleiben.]

[Wir wollen das Rentenniveau und die Beitragssätze für die Dauer der Legislaturperiode stabil halten durch geeignete Maßnahmen im Rahmen der geltenden Rentenformel.]

Rentenpolitische Maßnahmen

- Wir werden die Erwerbsminderungsrente weiter verbessern. Dazu wird die Zurechnungszeit von derzeit 62 Jahren auf das derzeit geltende gesetzliche Renteneintrittsalter (65 Jahre und 8 Monate) angehoben und anschließend schrittweise weiter parallel zum Anstieg des Renteneintrittsalters angepasst.
- Private Vorsorge stärken: Unser gemeinsames Ziel ist die Verbesserung der privaten Altersvorsorge, im Zuge dessen sprechen wir über deren Verbreitung, eine Verbesserung der Anlagemöglichkeiten (z.B. durch ein Standardprodukt), die Verbraucherfreundlichkeit, sowie die Förderung von Geringverdienern und die Einführung einer säulenübergreifenden digitalen Vorsorge-Information für mehr Transparenz.
- Rentnerinnen und Rentner, die Anspruch auf Grundsicherung haben, sollen die Beantragung unter dem Dach der Rentenversicherung vornehmen und die Auszahlung aus einer Hand erhalten.
- [Die Verbesserung der Mütterrente a) durch einen zusätzlichen 3. Punkt, b) durch die Nicht-Anrechnung der bestehenden Mütterrente auf die Grundsicherung. Die Frage der Steuerfinanzierung der Mütterrente.]
- [Abschaffung der Doppelverbeitragung für Direktversicherungen].

Flexibilisierung Renteneintritt: [Es ist strittig, ob dies als rentenpolitische Maßnahme a) unmittelbar vereinbart werden soll oder die Flexibilisierung Thema b) in der Koalitions-Arbeitsgruppe oder c) in der Rentenkommission sein soll.]:

[Wir wollen einen flexiblen Renteneintritt schaffen, in dem die Menschen bei versicherungsmathematisch korrekter Berechnung freier entscheiden können, wann sie in Rente gehen.]

[Wir prüfen weitere Möglichkeiten der Flexibilisierung beim Renteneintritt.]

Koalitions-Arbeitsgruppe (terminiert bis Ende 2018)

Uns eint der Wille, dass jemand der länger gearbeitet hat, im Alter mehr haben soll als die Grundsicherung. Hierfür gibt es verschiedene Vorstellungen und Modelle (z.B. Ausweitung von Freibeträgen in der Grundsicherung, Rente nach Mindestentgeltpunkten, Modell einer Garantierente). Hierüber wird die Koalition bis Ende 2018 entscheiden und in dieser Wahlperiode umsetzen.

Rentenkommission

Im Mittelpunkt der Rentenkommission steht die Frage nach der mittel- und langfristigen Zielsetzung des Rentenniveaus und der Beitragssatzentwicklung unter Berücksichtigung der Generationengerechtigkeit. Die Kommission besteht aus Vertretern von Politik, Wissenschaft und Sozialpartnern. Über die Besetzung der Kommission entscheidet die Koalition. Die Kommission legt bis Ende 2019 ihre Ergebnisse vor. Sollte sich vor dem Jahr 2030 aufgrund der Empfehlungen der Kommission Handlungsbedarf ergeben, werden wir die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Pflege

Sofortprogramm

Wir wollen die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege sofort und deutlich spürbar verbessern. Es werden Sofortmaßnahmen für eine bessere Personalausstattung in der Altenpflege und im Krankenhausbereich ergriffen und dafür zusätzliche Stellen zielgerichtet gefördert. Dieses Programm umfasst unter anderem eine Ausbildungsoffensive, Anreize für eine bessere Rückkehr von Teil- in Vollzeit, ein Wiedereinstiegsprogramm, eine bessere Gesundheitsvorsorge für die Beschäftigten sowie eine Weiterqualifizierung von Pflegehelfern zu Pflegefachkräften.

Im Krankenhausbereich streben wir zusätzlich eine vollständige Refinanzierung von Tarifsteigerungen an verbunden mit der Nachweispflicht, dass dies auch tatsächlich bei den Beschäftigten ankommt.

Wir wollen eine „konzertierte Aktion Pflege“ zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Situation in der Altenpflege. Dazu gehören insbesondere Angebote in der Kurzzeit- und Tagespflege, die besonders pflegende Angehörige unterstützen.

Arbeitsbedingungen Pflege

Dem Sofortprogramm müssen weitere Schritte folgen. Deshalb entwickeln wir verbindliche Personalbemessungsinstrumente.

Schulgeld

Wir wollen das Schulgeld für die Ausbildung in den Heilberufen abschaffen, so wie es in den Pflegeberufen bereits beschlossen wurde.

Einkommensheranziehung Pflege

Auf das Einkommen der Kinder von pflegebedürftigen Eltern soll künftig erst ab einem Einkommen in Höhe von 100.000 Euro im Jahr zurückgegriffen werden.

Gesundheit

Finanzierung des Gesundheitswesens

[Wir wollen die Belastung der Versicherten durch Zusatzbeiträge in der GKV begrenzen.]:

- [Der durchschnittliche Zusatzbeitrag darf 1,1% nicht übersteigen.]
- [Der durchschnittliche Zusatzbeitrag darf 1,5% nicht übersteigen]

[Die Wahlfreiheit der Beamten bei der Auswahl ihrer Krankenversicherung wird gestärkt.]

Landarztgarantie/Notfallversorgung/Vernetzung ambulant-stationär

Die Gesundheitsversorgung muss überall in Deutschland gleichermaßen gewährleistet sein. Auch die Menschen in ländlichen und sozial benachteiligten Regionen haben einen Anspruch auf gute Versorgung. Besondere Anstrengungen bedarf es für eine gute ärztliche Versorgung im

675 ländlichen Raum sowie bei der flächendeckenden Sicherstellung der
676 Geburtshilfe und Hebammenversorgung.

677
678 Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die Kooperation und Vernetzung in
679 unserem Gesundheitswesen verbessern, Hürden für die vernetzte regionale
680 Versorgung abbauen und Schritte zu einer sektorübergreifenden
681 Versorgungsplanung einleiten.

682 Besonderen Handlungsbedarf sehen wir bei der Weiterentwicklung der
683 Notfallversorgung und der digitalen Vernetzung in unserem
684 Gesundheitswesen, u.a. auch durch entsprechende Investitionen im
685 Krankenhausbereich.

686 687 Medizinischer Dienst

688 Wir werden die Unabhängigkeit des medizinischen Dienstes durch eine
689 rechtlich unabhängige Trägerschaft bei Erhalt der regionalen
690 Organisationsformen stärken.

691 692 Apotheken

693 [Wir wollen den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln zur
694 Sicherstellung einer flächendeckenden Apothekenversorgung verbieten].

695 [Wir wollen Maßnahmen zur Sicherstellung der Arzneimittelversorgung
696 insbesondere in ländlichen und sozial benachteiligten Regionen ergreifen.
697 Eine flächendeckende Arzneimittelversorgung braucht beides:
698 Präsenzapotheken und in- und ausländischen Versandhandel.]

699 700 Cannabis

701 Wir wollen die Versorgung von Menschen mit medizinischem Cannabis weiter
702 verbessern. Daher werden wir das Verschreibungsverfahren
703 entbürokratisieren und digitalisieren sowie auf eine ausreichende Versorgung
704 der Patientinnen und Patienten mit Medizinalhanf hinwirken.

705 [Wir werden ein Cannabiskontrollgesetz auf dem Weg bringen. Damit wollen
706 wir Cannabiskonsumanten wirksam entkriminalisieren und legale lizenzierte
707 Abgabestellen für Cannabis mit effektivem Jugend- und Gesundheitsschutz
708 schaffen.]

5. Bildung, Forschung und Innovation

Die Gesprächspartner wollen in den nächsten vier Jahren Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation deutlich stärken und machen sich das Ziel zu eigen, gesamtstaatlich bis zum Jahr 2025 für Bildung und Forschung insgesamt mehr als 10 Prozent des BIP aufzuwenden. Wir wollen, dass Deutschland künftig weltweit zu den Spitzenländern bei Bildungsinvestitionen und der Qualität der Bildung zählt. Bildung und Forschung sind die Quelle künftigen Wohlstands, eröffnen Chancengerechtigkeit für alle und sind Voraussetzung für eine moderne und weltoffene Gesellschaft. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind eine gesamtstaatliche Aufgabe und können nur gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen erfolgreich gestaltet werden.

Wir wollen auch im Bildungsbereich die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sicherstellen. Deswegen wollen wir die Zusammenarbeit und Kooperationskultur zwischen Bund, Ländern und Kommunen im Bildungsbereich weiter stärken. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für optimale Lehr- und Lernbedingungen an unseren allgemeinbildenden und beruflichen Schulen schaffen. An der [Grüne/FDP: grundsätzlichen] Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern halten wir fest. Dafür wollen wir:

- einen Digitalpakt Schule schließen, der alle Schulen bei der Digitalisierung und den dazugehörigen pädagogischen Konzepten unterstützt sowie die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften im Digitalbereich voranbringt.
- darauf hinwirken, dass qualitativ hochwertige Ganztagesangebote verlässlich und bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.
- -um den Schulwechsel zwischen den Bundesländern zu erleichtern und die Gleichwertigkeit der Abschlüsse zu sichern- gemeinsam mit den Ländern darauf hinwirken, bundeseinheitliche Bildungsstandards zu etablieren und deren Einhaltung zu gewährleisten.

[CDU/CSU: Dies wollen wir im Rahmen der bestehenden grundgesetzlichen Ordnung erreichen.]

[FDP/Grüne: Die dafür notwendigen verfassungsrechtlichen Änderungen wollen wir vornehmen.]

Wir wollen die Allianz zur Aus- und Weiterbildung ausbauen und einen Berufsbildungspakt zur Stärkung der beruflichen Bildung auf den Weg bringen.

Dabei geht es insbesondere um die Qualitätsverbesserung und die Anerkennung der Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung.

Wir wollen das lebensbegleitende Lernen fördern und die Qualität der Weiterbildung sichern und steigern. Dazu gehört Standards im Bereich der Abschlüsse und mehr Beratung und Transparenz.

Wir wollen die Hochschulen weiter stärken. Es soll eine Nachfolgevereinbarung zum Hochschulpakt geben, wobei unter anderem Fragen der Qualität, des Erhalts der Kapazitäten und der Digitalisierung eine Rolle spielen sollen. Wir setzen die Exzellenzstrategie fort.

Wir wollen zunächst eine Reform des BAföG, damit mehr Studierende als bisher einen Anspruch erhalten u.a. durch Erhöhung der Freibeträge, Bedarfssätze, und den Ausbau der Stipendienprogramme. Wir werden darüber hinaus eine Reformkommission einsetzen, die neue Modelle zur weiteren Stärkung und Modernisierung der Studienfinanzierung erarbeiten soll. Hierbei sollen unter anderem das Schüler-, Studierenden- und Meister-BAFÖG einbezogen werden.

Wir wollen bessere Bedingungen für Wagniskapital in Deutschland schaffen.

Wir wollen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in Deutschland auf 3,5 Prozent des BIP bis 2025 steigern. Wir wollen seitens des Bundes unseren Anteil an der Steigerung erbringen. Darüber hinaus wollen wir ergänzend zur Forschungsförderung unter anderem mit der Einführung einer steuerlichen Forschungs- und Entwicklungsförderung die Wirtschaft anreizen, ihren Beitrag zu leisten. Den Pakt für Forschung und Innovation werden wir stärken.

Die „Hightech-Strategie“ wollen wir weiterentwickeln mit Fokussierung auf die großen Herausforderungen und dabei neue, innovative Instrumente unter anderem zur Förderung von disruptiven Sprunginnovationen partizipativen Elementen und Technologietransfer berücksichtigen.

Die Technologieoffenheit und Forschungsfreiheit wollen wir beibehalten bei gleichzeitiger Stärkung der Begleitforschung, des ethischen Diskurses und gesellschaftlicher Verantwortung zu Technologiefolgen.

6. Digitaler Wandel

Die digitale Transformation unserer Zeit betrifft Gesellschaft, Wirtschaft und Politik gleichermaßen. Die Nutzung der großen Chancen der Digitalisierung ist von zentraler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und Europas. Wir wollen Digitalisierung nutzen für mehr Lebensqualität und Nachhaltigkeit und die gesellschaftliche Dimension des Themas stärker berücksichtigen. Gleichzeitig gilt es, die gleichberechtigte digitale Teilhabe aller Bürger zu ermöglichen und die Sicherheit sowie die persönliche Freiheit jedes Einzelnen zu gewährleisten. Wir wollen gemäß des DESI-Indexes in die europäische Spitzengruppe aufrücken.

Der zügige Ausbau einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur hat für uns höchste Priorität. Deshalb wollen wir den flächendeckenden Ausbau mit Gigabit-Netzen bis 2025 erreichen. Dabei sollen zukünftig ausschließlich Ausbauabschnitte förderfähig sein, die mit Glasfasertechnologie ausgebaut werden.

Hierfür hat die Netzallianz einen öffentlichen Finanzierungsbedarf von 20 Milliarden Euro bis 2025 identifiziert. Hierfür wollen wir die Erlöse aus der Versteigerung der 5G-Lizenzen zweckgebunden bereitstellen. Gegebenenfalls müssen darüber hinaus auch Erlöse aus Bundesbeteiligungen sowie Haushaltsmittel eingesetzt werden.

Im Bereich des Mobilfunks wollen wir bestehende Funklöcher kurzfristig schließen und eine Vorreiterrolle beim Aufbau des 5G-Netzes einnehmen.

Wir wollen durch Bürokratieabbau die Beschleunigung und Kostensenkung des Ausbaus vorantreiben. Angebote offener WLAN- und Freifunknetze werden gestärkt.

Wir setzen uns für einen diskriminierungsfreien Netzzugang ein, dafür ist Netzneutralität wichtig.

Wir wollen ein modernes Datenrecht schaffen, welches die digitalen Bürgerrechte und die Datensouveränität stärkt und die Spielräume der Datenschutz-grundverordnung für datengetriebene Geschäftsmodelle und die Entwicklung der Plattformökonomie nutzt. Dabei wollen wir gleichermaßen den Datenschutz-interessen der Bürger, den wirtschaftlichen Zwecken und den

828 staatlichen Sicherheitsinteressen gerecht werden. Darüber hinaus wollen wir
829 die Verbraucherrechte in der digitalen Welt stärken. Diskriminierungsverbote
830 der analogen Welt müssen auch in der digitalen Welt der Algorithmen gelten.

831
832 Wir wollen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für digitale
833 Geschäftsmodelle verbessern, indem wir die Zugänge zu Wagniskapital für
834 Startups und Unternehmen in der Wachstumsphase stärken,
835 wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen (Ökosysteme) schaffen und die
836 Vernetzung von Unternehmen untereinander und mit anderen Akteuren der
837 digitalen Transformation verbessern. Dabei soll der Bund mit gutem Beispiel
838 vorangehen und einen hochrangigen Ansprechpartner hinsichtlich
839 regulatorischer Hemmnisse schaffen, damit wir schnell auf
840 Veränderungsbedarfe reagieren können. Darüber hinaus wollen wir eine
841 Vorreiterrolle bei der IT-Sicherheit, Datensicherheit und der digitalen Signatur
842 einnehmen, weil dies die entscheidende Grundlage für viele Anwendungen ist.
843 Gute IT-Sicherheit und innovativer Datenschutz sind entscheidende
844 Erfolgsfaktoren der nationalen und europäischen Datenwirtschaft.

845
846 Wir wollen für Bürger und Wirtschaft erreichen, dass alle hierfür geeigneten
847 Verwaltungsdienstleistungen bis 2022 online erledigt werden können. Dazu
848 vernetzen wir zentrale und dezentrale Verwaltungsportale mit einem
849 einheitlichen Online-Zugang (Bürgerportal) und, sofern vom Bürger
850 gewünscht, werden die zur Verfügung gestellten Daten unter den Behörden
851 weitergereicht (Once-Only-Prinzip). Die Bürger erhalten dabei auch die
852 vollständige Transparenz und Kontrolle über die Nutzung ihrer Daten.

853
854 Digitale Themen brauchen eine starke Verankerung in der neuen
855 Bundesregierung. Deshalb wollen wir die Zuständigkeiten bündeln.

856
857 Europa kann im Wettbewerb der Weltregionen im Bereich der Digitalisierung
858 nur bestehen, wenn wir konsequent einen einheitlichen digitalen Binnenmarkt
859 mit attraktiven Rahmenbedingungen schaffen. Dafür wollen wir uns aktiv
860 einsetzen.

7. Innen, Sicherheit und Rechtsstaat

Wir wollen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Demokratie und den Rechtsstaat stärken.

Wir wollen die bestmögliche Sicherheit für unser Land und bürgerliche Freiheitsrechte in eine neue Balance bringen. Deshalb werden Bund und Länder einen verbindlichen Pakt für den Rechtsstaat schließen.

Hierzu wollen wir so schnell wie möglich zusätzliche Stellen für die polizeilichen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern sowie für das BSI schaffen.

[Der Bund wird hierbei circa 7.500 zusätzliche Stellen schaffen. Wir halten es für geboten, dass die Länder mindestens genauso viele Stellen für die Polizei schaffen.]

[Grüne: Wir wollen einen unabhängigen Polizeibeauftragten beim Bundestag schaffen, an den sich Polizeibedienstete wie auch Bürgerinnen und Bürger wenden können.]

Zur effektiven Bekämpfung von Kriminalität setzen wir zusätzlich zur Polizeilichen Kriminalstatistik den periodischen Sicherheitsbericht fort, der regelmäßig wissenschaftlich Ursachen und Entwicklungen von Kriminalitätsphänomenen aufzeigen soll.

Effizienz, Qualität und Unabhängigkeit sind unverzichtbare Eckpfeiler einer funktionierenden Justiz und Voraussetzung für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat. Der Pakt für den Rechtsstaat beinhaltet einen Dreiklang aus mehr Personal, besserer Ausstattung und effizienterem Verfahrensrecht. Dabei halten wir 2.000 zusätzliche Stellen in Bund und Ländern für geboten. Wir werden auch die Digitalisierung der Justiz mit einheitlichem Standard auf höchstem Sicherheits- und Datenschutzniveau konsequent vorantreiben.

Die Cybersicherheit ist für die Zukunft unseres Landes von herausragender Bedeutung. Wir wollen eine bundesweit einheitliche Abwehr von Gefahren und Angriffen aus dem Cyberraum.

Wir stärken die bestehenden gesetzlichen Schutzwellen bei Online-Durchsuchung und Quellen-Telekommunikationsüberwachung unter Berücksichtigung der hohen Schutzvorgaben des Bundesverfassungsgerichts, unter Berücksichtigung der besonderen Risiken dieser Instrumente sowie der Sicherheitsbelange.

Staatliche Stellen müssen gesetzlich verpflichtet werden, Sicherheitslücken, die relevante Systeme oder eine erhebliche Anzahl von Personen betreffen, unverzüglich dem BSI zu melden, so dass sie geschlossen werden können. Den Gefahren, die sich aus Sicherheitslücken bei privaten Unternehmen ergeben, wollen wir begegnen. Dies kann eine Mitteilungspflicht umfassen.

Wir wollen eine E-Government- und Open-Data-Strategie für Deutschland entwickeln. Die IT der Polizeien von Bund und Ländern wird auf einem einheitlichen Standard mit verbesserter Qualität unter voller Wahrung der Belange des Datenschutzes modernisiert.

Wir werden die Zusammenarbeit zwischen den Ländern und mit dem Bund insbesondere beim Kampf gegen alle Formen des Terrorismus stärken. Die Koordinierungsfunktion von BKA und BfV soll stärker wahrgenommen werden. Wir brauchen klare Verantwortlichkeiten. Die gemeinsamen Zentren von Bund und Ländern sollen nicht nur dem Austausch von Informationen dienen, sondern – rechtlich sauber geregelt – verbindliche Absprachen gewährleisten.

Das BfV soll auf freiwilliger Basis durch Vereinbarung mit einzelnen Ländern den Verfassungsschutz dort übernehmen können. Unabhängig davon können Länder auch die gemeinsame Erfüllung von Verfassungsschutzaufgaben vereinbaren.

Die Außengrenzen der EU müssen wirksam kontrolliert werden. Wir wollen wissen, wer in die EU kommt. Die Grenzschutzagentur Frontex braucht zentrale Führung, ausreichendes Einsatzpersonal und modernste technische Ausstattung. Die Kontrolle von Frontex durch das Europäische Parlament, den europäischen Gerichtshof sowie die EU-Grundrechteagentur wollen wir stärken. Frontex soll langfristig zu einem europäischen Grenzschutz neben nationalen Zuständigkeiten ausgebaut werden.

Der Einsatz von Videoüberwachung kann an Kriminalitätsschwerpunkten, an besonders gefährlichen Orten, Einrichtungen und Veranstaltungen – ggf. auch befristet – angeordnet werden.

Speicherung von Daten

[FDP, Grüne: Die anlasslose Speicherung von Daten der Bürgerinnen und Bürger ist ein nicht zu rechtfertigender Eingriff in die Grundrechte. Deshalb ist die Anlassbezogenheit das zentrale Kriterium bei sicherheitsbehördlicher Überwachung und Speicherung von Daten. Um Rechtssicherheit für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Sicherheitsbehörden zu schaffen, werden wir insbesondere die bestehende Regelung zur Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten aufheben und durch eine anlassbezogene Regelung ersetzen, die mit europäischen Grundrechten vereinbar ist.]

[Nur Grüne: Für die Verhandlungen zum europäischen Kommunikationsdatenschutz legen wir das Verhandlungsmandat des Europäischen Parlaments zugrunde.]

[CDU/CSU: Wir halten an der Vorratsdatenspeicherung als notwendigem Instrument zur Verhinderung von Terroranschlägen und Aufklärung schwerster Kriminalität fest; wir wollen sie auf den Wohnungseinbruchsdiebstahl ausweiten. Auf europäischer Ebene werden wir uns erforderlichenfalls für eine Überarbeitung der zugrundeliegenden Richtlinie einsetzen, um eine praxisgerechte Anwendung sicherzustellen].

[neuer Vorschlag Union prozedural: [Die Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten steht auf dem juristischen Prüfstand. Wir werden der Klärung durch die unabhängige Justiz nicht vorgreifen und das Ergebnis, falls es Änderungen erfordert, zügig umsetzen.]

[FDP+ Grüne prozedural: Wir werden das Prinzip der anlasslosen Datenspeicherung zugunsten eines anlassbezogenen Vorgehens aufgeben.]

Kontrolle der Nachrichtendienste

Das Parlamentarische Kontrollgremium muss effektivere Kontrollrechte ausüben. Wir werden insbesondere eine umfassende Unterrichtungspflicht von Bundesregierung sowie Nachrichtendiensten sicherstellen. Wir werden Vertretungsregeln für längerfristig verhinderte Mitglieder schaffen und qualifizierte Minderheitenrechte stärken.

Die Kontrolle der Überwachung der Kommunikation werden wir in der Hand der G-10-Kommission bündeln und diese stärken.

Die Aufarbeitung historisch bedeutsamer Ereignisse wollen wir durch kürzere Geheimhaltungsfristen von behördlichen Akten (max. 30 Jahre) befördern.

Kollektiver Rechtsschutz / Gruppenklagen

Im Sinne einer Verbesserung der Rechtsdurchsetzung führen wir eine Musterfeststellungsklage ein. Eine ausufernde Klageindustrie lehnen wir ab.

Demokratieförderung

Wir werden die Zivilgesellschaft stärken und die Arbeit gegen jede Form von Demokratiefeindlichkeit und Extremismus fördern und verstetigen.

Wir wollen den Opferschutz stärken und vereinheitlichen.

Der Staat muss ein deutliches Zeichen gegen Hass und Hetze im Netz setzen. Dies gilt auch für die sozialen Netzwerke. Im Netz müssen die Persönlichkeitsrechte wie die Meinungsfreiheit geschützt werden. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz wird daher [Union: weiterentwickelt /FDP: ersetzt] [Kompromiss: grundlegend überarbeitet].

Wir wollen ein verpflichtendes Lobbyregister betreffend die Interessenvertretung gegenüber Parlament und Regierung einführen und damit Transparenz schaffen, ohne wirksames Regierungshandeln oder die freie Ausübung des parlamentarischen Mandats einzuschränken.

[CSU, Grüne, FDP, Dissens CDU: Wir wollen die parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzen. Die Rechte von Minderheiten und Grundrechte stehen dabei nicht zur Disposition.]

Hinweisgebergesetz

Im Lichte der jüngst aufgetretenen Missstände in Konzernen wollen wir ein Gesetz verabschieden, mit dem der Schutz von Hinweisgebern bei der Aufdeckung von relevanten und strukturellen Missständen verbessert wird.

8. Flucht und Asyl, Migration und Integration

Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir bekennen uns zur humanitären Verpflichtung Deutschlands, wie sie sich aus Artikel 16a Grundgesetz und den Regelungen der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der EMRK ergeben. Dies bleibt auch zukünftig unangetastet. Zudem wollen wir die Einwanderung in den Arbeitsmarkt dauerhaft steuern.

Wir sind stolz auf die Integrationsfähigkeit und die Integrationsleistung unserer Gesellschaft, insbesondere auf das vielfältige ehrenamtliche Engagement.

[CDU/CSU/ FDP: Eine Situation wie im Herbst 2015 darf sich nicht wiederholen.] [Alternativvorschlag: Damit sich die Situation vom Herbst 2015 so nicht wiederholt, ziehen wir Konsequenzen...]

Deshalb ziehen wir Konsequenzen und verbinden Humanität mit Ordnung. Wir stehen in der Verantwortung für die Gewährleistung der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Das ist Aufgabe und Pflicht des Staates. Um dauerhaft Integration (Arbeitsmarkt, Wohnraum, Bildung, Wertevermittlung) zu ermöglichen, bedarf es jedoch einer Steuerung [CDU/CSU und FDP: und Begrenzung der Migration insgesamt.]

Zugleich stehen wir zur individuellen Bearbeitung jedes einzelnen Asylantrags und den entsprechenden Vorschriften in Europarecht, Völkerrecht und Grundgesetz.

[GRÜNE: Der gegenwärtigen Herausforderung wollen wir mit mehr Koordinierung und der Ausschöpfung von Ordnungsspielräumen begegnen. Nicht zuletzt aufgrund unserer Geschichte und der daraus erwachsenden Verantwortung teilen wir dabei die Aussage von Angela Merkel, dass das Grundrecht auf Asyl keine Obergrenze kennt. Dies gilt auch für eine willkürliche Richtzahl von Geflüchteten. Verschiedene Schutzgruppen dürfen und können nicht gegeneinander verrechnet werden. Das ist der Imperativ unseres Grundgesetzes.]

[GRÜNE: Wir sind für mehr Ordnung und Planbarkeit auf Grundlage von Steuerungs-Elementen wie einem Einwanderungsgesetz oder Resettlement-Kontingenten.]

1054 Wir bekennen uns zur effektiven Bekämpfung von Fluchtursachen. Dazu
 1055 gehören zum Beispiel:

- 1056 - die Lösung internationaler Konflikte,
- 1057 - eine faire Handelspolitik
- 1058 - die Bekämpfung der Klimakrise und die Einhaltung der Nachhaltigen
 1059 Entwicklungsziele
- 1060 - sowie eine verbesserte Zusammenarbeit mit Herkunfts- und
 1061 Transitländern.

1062

1063 Dafür wollen wir auch neue Kooperationsformate mit Entwicklungs- und
 1064 Schwellenländern ausbauen sowie einen europäisch abgestimmten Pakt mit
 1065 Afrika entwickeln.

1066

1067 Auch die Zusammenarbeit mit dem UNHCR und dem IOM wollen wir
 1068 ausbauen.

1069

1070 Wir wollen entschlossen gegen Schlepper und Schleuser vorgehen und ihnen
 1071 die Geschäftsgrundlage entziehen.

1072

1073 Zur wirksamen Kontrolle der Außengrenzen sowie zur Rolle von Frontex wird
 1074 Bezug genommen auf die Ausführungen bei Innen, Sicherheit und
 1075 Rechtsstaat.

1076

1077 [FDP: Die Bundespolizei muss in die Lage versetzt werden, auch bei massiv
 1078 steigender Zahl von Migranten eine registrierte Einreise nach Deutschland
 1079 sicherzustellen.]

1080

1081 [CDU/CSU: Wir wollen erreichen, dass die Gesamtzahl der Aufnahmen aus
 1082 humanitären Gründen (Flüchtlinge und Asylbewerber, subsidiär Geschützte,
 1083 Familiennachzug, Relocation und Resettlement, abzüglich Rückführungen und
 1084 freiwillige Ausreisen künftiger Flüchtlinge) die Zahl von 200 000 Menschen im
 1085 Jahr nicht übersteigt.]

1086 [FDP: Für diesen Richtwert orientieren wir uns an den Zugangszahlen des
 1087 Jahres 2017 und definieren einen Korridor zwischen 150.000 und 250.000
 1088 Menschen pro Jahr.]

1089 [CDU/CSU und FDP: Sollte das oben genannte Ziel wider Erwarten durch
 1090 internationale oder nationale Entwicklungen nicht eingehalten werden, werden
 1091 die Bundesregierung und der Bundestag geeignete Anpassungen des Ziels
 1092 nach unten und oben beschließen.]

1093

1094 Wir unterscheiden klar zwischen schutzbedürftigen Menschen und solchen
1095 Personen, die die Voraussetzungen für Schutz in unserem Land nicht erfüllen.

1096

1097 Wir prüfen, ob durch einen neuen oder veränderten Status für
1098 Kriegsflüchtlinge in Anlehnung an das europäische Recht eine Entlastung des
1099 Asylsystems möglich ist.

1100

1101 [GRÜNE: Wir sind dem besonderen Schutz der Familie verpflichtet, wie er im
1102 Grundgesetz und seinem Artikel 6 steht. Auch Menschen mit subsidiärem
1103 Schutzstatus sollen ihre Familien in einem geordneten Verfahren nachholen
1104 können. Deswegen wollen wir die Aussetzung des Familiennachzugs für
1105 subsidiär Schutzbedürftige über März 2018 hinaus nicht ausweiten.]

1106 [CDU/CSU: Integrationsfähigkeit sowie -bereitschaft unserer Gesellschaft
1107 schließen einen unbeschränkten Familiennachzug zu den hier bereits
1108 anerkannten Schutzsuchenden aus. Wir können daher den Familiennachzug
1109 zu subsidiär Schutzberechtigten auch nach März 2018 nicht zulassen.]

1110 [FDP: Wer für sich und seine Familie selbst sorgen kann, soll diese nachholen
1111 dürfen. Darüber hinaus kann der Familiennachzug für subsidiär Geschützte
1112 nur in solchen Kontingenten erfolgen, die den angestrebten Richtwert der
1113 Gesamtmigration berücksichtigen. Diese Kontingente sind nach humanitäreren
1114 Kriterien zu vergeben.]

1115

1116 [CDU/CSU und FDP: Zu diesem Zweck werden jedenfalls die Maghreb-
1117 Staaten (Algerien, Tunesien und Marokko) und weitere Staaten mit einer
1118 Anerkennungsquote unter 5 Prozent zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt.
1119 Gleichzeitig wird durch eine spezielle Rechtsberatung für besondere
1120 vulnerable Fluchtgruppen deren besondere Schutzwürdigkeit berücksichtigt.]

1121 [GRÜNE: Wir sind jedoch gegen das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten,
1122 weil dieses in einem Spannungsverhältnis zu dem individuellen
1123 Schutzbegehren des Flüchtlings steht. Gerade die drei Maghrebstaaten sind
1124 nicht sicher. Überdies besteht kein Anlass, jetzt vorläufige Regelungen zu
1125 treffen, da die EU-Kommission nach dem künftigen GEAS diese Frage
1126 europäisch regeln will.]

1127

1128 Legale Zugangswege wie etwa Resettlement wollen wir ausbauen, sowohl im
1129 Sinne unserer humanitären Verpflichtung als auch im Sinne der Steuerung.

1130

1131 Die Größenordnung des aus humanitären Motiven erfolgenden legalen
 1132 Zugangs muss jedoch von der Größenordnung des Zugangs Schutzsuchender
 1133 insgesamt abhängen.
 1134

1135 Bei allen Asylsuchenden werden die Verfahren in Aufnahme- und
 1136 Entscheidungszentren [CDU/CSU: auch Rückführungszentren] schnell und
 1137 rechtsicher durchgeführt. Für bessere Verfahrenseffizienz und aus
 1138 Sicherheitsgründen werden dort alle ankommenden Asylsuchenden
 1139 identifiziert und registriert. Um deren Qualität zu steigern und um ein
 1140 realistisches Erwartungsmanagement hinsichtlich der Bleibeperspektiven zu
 1141 erreichen, müssen die Schutzsuchenden in den Zentren verbleiben.
 1142

1143 [Grüne: Schutzsuchenden sollen schnellstmöglich auf die Kommunen verteilt
 1144 werden. Ankunft und Ausreise sind zwingend voneinander zu trennen.]
 1145

1146 Dort soll eine kostenlose und unabhängige Rechtsberatung [durch registrierte
 1147 Anwälte] vor Ort angeboten werden. Zuständig dafür ist das BAMF. Außerdem
 1148 soll dort künftig der erste Aufenthaltstitel durch das BAMF erteilt werden, um
 1149 eine bundesweit einheitliche Handhabung zu gewährleisten. Im Übrigen
 1150 verbleibt die Zuständigkeit für diese Zentren bei den Ländern. Wir wollen die
 1151 Qualität der Asylverfahren verbessern. Es braucht eine Qualitätsoffensive für
 1152 das BAMF.

1153 [CDU/CSU und FDP: Im Falle der Ablehnung erfolgt auch die Rückführung in
 1154 der Regel direkt aus diesen Zentren.]

1155 [Grüne: Im Falle der Ablehnung kann die Rückführung grundsätzlich direkt aus
 1156 diesen Zentren erfolgen.]
 1157

1158 Wir werden das Recht der Einwanderung in den Arbeitsmarkt und das damit
 1159 verbundene Recht des Aufenthalts und der Rückkehr in einem Gesetzeswerk
 1160 [FDP und Grüne: Einwanderungsgesetzbuch] [CDU/CSU:
 1161 Fachkräftezuwanderungs-Gesetz] neu ordnen und dabei transparent,
 1162 übersichtlich und in sich konsistent aus einem Guss besser zugänglich
 1163 machen. Flüchtlings- und Arbeitsmigration bleiben dabei klar voneinander
 1164 getrennt.
 1165

1166 Die Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt muss sich am Bedarf
 1167 unserer Volkswirtschaft orientieren. Eine Einwanderung in die sozialen
 1168 Sicherungssysteme wollen wir vermeiden. Wir wollen rasch ein
 1169 Regelungswerk schaffen [FDP und Grüne: Einwanderungsgesetzbuch]

1170 [CDU/CSU: Fachkräftezuwanderungs-Gesetz]. Dabei sollen die bisherigen
1171 Regelungen vereinfacht werden. Hochqualifizierte wollen wir kontingentiert
1172 [FDP, Grüne: in einem Punktesystem] nach klaren Kriterien wie Qualifikation,
1173 Alter, Sprache, Anforderungen des Arbeitsmarktes einladen. Die BlueCard
1174 werden wir so reformieren, dass ein in Deutschland gültiger Arbeitsvertrag mit
1175 einem durchschnittlichen Einstiegsgehalt in einem qualifizierten Beruf als
1176 Bedingung genügt.

1177

1178 [Hinsichtlich der Frage, ob Arbeitsplatz für Hochqualifizierte erforderlich ist,
1179 noch keine Einigung.]

1180 [FDP/GRÜNE: Für Personen, die als Schutzsuchende gekommen sind und
1181 abgelehnt wurden, die aber gut integriert sind, soll ein Spurwechsel möglich
1182 sein, wenn sie auch die Voraussetzungen für Arbeitsmigration erfüllen.]

1183 [CDU/CSU: Schon jetzt gibt es zahlreiche Möglichkeiten für einen
1184 längerfristigen Aufenthalt in Deutschland jenseits von Asyl, GFK und
1185 subsidiärem Schutz. Eine inhaltliche Ausweitung kommt nicht in Betracht.]

1186

1187 Zur Realität eines Aufnahmelandes gehört auch eine rechtsstaatlich
1188 konsequente Rückkehrpolitik. Nicht jeder, der zu uns kommt, kann bleiben.
1189 Aber jeder hat Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren und den Schutz
1190 seiner Menschenrechte auch nach einer Ablehnung.

1191

1192 Um die gesellschaftliche Akzeptanz für eine Integration der wirklich
1193 Schutzbedürftigen zu erhalten, sind freiwillige Rückkehr und die konsequente
1194 Abschiebung vollziehbar Ausreisepflichtiger von wesentlicher Bedeutung. Die
1195 freiwillige Rückkehr hat Vorrang und soll noch intensiver als bislang gefördert
1196 werden. Das Konzept der freiwilligen Rückkehr ist auf Dauer aber nur dann
1197 erfolgreich, wenn auch Abschiebungen stattfinden. Dabei dürfen
1198 Abschiebungen kein Risiko für Leib und Leben bedeuten.

1199

1200 Hierfür verfolgen wir einen kohärenten Ansatz im Inland und gegenüber
1201 Herkunftsstaaten. Weiter werden wir prüfen, wie die Länder bei der
1202 Rückführung und Abschiebung entlastet und zugleich die Effektivität der
1203 Rückführung gesteigert werden kann. Wir wollen stärker als bisher danach
1204 unterscheiden, ob die Durchsetzung der Ausreisepflicht ohne Verschulden der
1205 Ausreisepflichtigen an Hindernisse stößt oder ob diese die Durchsetzung
1206 selbst behindern. Wir wollen die Duldungsregelungen hinsichtlich ihrer
1207 Wirksamkeit überprüfen und stärker differenzieren. Diesem Ziel dient auch
1208 eine Überprüfung der gesetzlichen Bleiberechtsregelungen.

1209 [CDU/CSU strittig: Ausländische Straftäter und Gefährder schieben wir
1210 konsequent ab. Das Ausweisungsinteresse bei Straftaten von erheblicher
1211 Bedeutung werden wir künftig zu Lasten des Bleibeinteresses gesetzlich
1212 besonders gewichten. Die Straftatenkataloge, bei denen das
1213 Ausweisungsinteresse besonders schwer wiegt, werden wir erweitern. Bei
1214 rechtskräftiger Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von
1215 mindestens drei Jahren wegen vorsätzlicher Straftaten verlieren ausländische
1216 Straftäter künftig automatisch ihren Aufenthaltstitel.]

1217 Kompromissvorschlag: Ausländische Straftäter und Gefährder schieben wir
1218 konsequent ab. Dazu werden wir die 2016 veränderte Gesetzeslage
1219 überprüfen und gegebenenfalls verschärfen.

1220

1221 Integration verstehen wir als Daueraufgabe. Die vielfältigen
1222 Integrationsmaßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen werden wir in
1223 einer bundesweiten Strategie nach dem Grundsatz von „Fordern und Fördern“
1224 bündeln, Transparenz in das Geflecht der bestehenden
1225 Integrationsmaßnahmen bringen und die Koordinierung zwischen Bund,
1226 Ländern und Kommunen auf eine neue Ebene heben. Die bisherigen
1227 Leistungen des Bundes zur Unterstützung der Länder und Kommunen werden
1228 für die Dauer der gesamten Legislaturperiode verstetigt.

1229

1230 Der Integrationskurs ist das zentrale Instrument zum allgemeinen
1231 Spracherwerb. Wir wollen ein zusätzliches Augenmerk auf den Bereich der
1232 Alphabetisierung legen, das bestehende Kursangebot flexibilisieren,
1233 ausdifferenzieren und begleitende digitale Lernangebote prüfen.

1234

1235 Sprache ist auch ein Schlüssel zu mehr Integration. Wir werden zusätzliche
1236 Anreize setzen, Hilfestellungen angemessen ausbauen und sowie die
1237 Einhaltung von Verpflichtungen noch besser sicherstellen. Schließlich wollen
1238 wir mehr Erfolg und Erfolgskontrolle und werden dazu Integrationsforschung
1239 und Integrationsmessung intensivieren.

1240

1241 [GRÜNE: Das Staatsbürgerschaftsrechts wollen wir erweitern, mit einem Ius
1242 Soli und der vollständigen Abschaffung der Optionspflicht und die
1243 Einbürgerung als wichtiges Element des Gesamtkonzepts erleichtern.]

1244 [FDP: Wir wollen wie andere Einwanderungsländer ein modernes
1245 Staatsbürgerschaftsrecht. Dazu wollen wir die Einbürgerung erleichtern und
1246 die doppelte Staatsbürgerschaft grundsätzlich ermöglichen, aber ihre

1247 dauerhafte Vererbung über die dritte Generation hinaus beenden
1248 (Generationenschnitt).]

1249 [CDU/CSU: Aus Sicht der Union ist es für die Sondierungen nicht erforderlich,
1250 näher auf das Thema Staatsbürgerschaft einzugehen.]

1251 [Angebot FDP und Grüne ggfs: Wir wollen ein modernes
1252 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerungen erleichtern.]

1253

1254 Ein zentrales Ziel unserer Politik ist der europäische Zusammenhalt und die
1255 europäische Solidarität, auch und gerade in der Flüchtlingspolitik. Das geht
1256 nur im Dialog. Zugleich hängt die Glaubwürdigkeit der EU und ihrer
1257 Mitgliedsstaaten davon ab, dass die ureigenen Gründungsprinzipien und die
1258 internationale Rechtsordnung eingehalten werden. Daran wollen wir unsere
1259 Politik ausrichten.

1260

1261 Im Zuge der derzeitigen Verhandlungen über das Gemeinsame Europäische
1262 Asylsystem (GEAS) wollen wir eine gerechte Verantwortungsteilung zwischen
1263 den Ländern an der südlichen Außengrenze der EU und den anderen
1264 Mitgliedstaaten einschließlich eines wirksamen Verteilungsmechanismus
1265 erreichen.

1266

1267 Wir wollen eine gemeinsame Durchführung von Asylverfahren überwiegend an
1268 den Außengrenzen sowie gemeinsame Rückführungen von dort. Dabei
1269 werden europäische Menschenrechtsstandards eingehalten.

1270

1271 Derzeit im deutschen Recht geltende und Flüchtlinge schützende Regelungen
1272 (Familienasyl, geschlechtsspezifische Verfolgung, Altersfeststellung von UmF,
1273 Feststellung von Abschiebungshindernissen) wollen wir z.B. durch eine
1274 Öffnungsklausel erhalten. Ebenso ist die Sicherstellung der flächendeckenden
1275 Verfahrensberatung, angelegt in der Asylverfahrensverordnung, für uns
1276 zwingend erforderlich.

1277

1278 Zudem müssen die Voraussetzungen für Aufnahme- und
1279 Registrierungszentren außerhalb der EU bzw. an den Außengrenzen unter
1280 dem Dach des UNHCR geschaffen werden.

1281

9. Verkehr, Infrastruktur und Wohnen

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für Wohlstand und Lebensqualität in allen Regionen. Wir wollen in Deutschland mehr Mobilität ermöglichen und weniger Emissionen im Verkehr erreichen, indem wir unsere Infrastruktur bedarfsgerecht und nachhaltig weiter ausbauen, die enormen Potenziale der Digitalisierung nutzen und alternative Antriebe fördern.

Wir wollen die Planung und Realisierung von Infrastrukturvorhaben beschleunigen und dabei insbesondere die Bürger intensiver und früher beteiligen. Wir werden die Verkehrssicherheit auf den Straßen weiter verbessern, vor allem durch Digitalisierung und Automatisierung.

Investitionshochlauf

Wir wollen den Investitions-Hochlauf für die Verkehrsinfrastrukturen mindestens verstetigen.

Wir wollen den ÖPNV stärken und dafür die GVFG-Mittel zugunsten der Kommunen dynamisieren und bis zum Ende der Wahlperiode möglichst verdoppeln.

Ein Schwerpunkt unserer Investitionen liegt auf der Schiene, bei der Beseitigung von Engpässen, der Elektrifizierung des Netzes und dem Lärmschutz. Wir bemühen uns, ein ausgeglichenes Investitionsverhältnis zwischen Straße und Schiene auf der Zeitachse zu erreichen. Wir schaffen die Bedingungen mittels Beschleunigung von Planungen, damit dies möglich werden kann. (Zum Beispiel durch das Verfahren der Plangenehmigung für Elektrifizierung und Lärmschutz bei bereits bestehenden Trassen). Wir wollen den Deutschlandtakt umsetzen und dafür die infrastrukturellen Voraussetzungen schaffen. Die Modernisierung des Schienenverkehrs durch Digitalisierung wollen wir weiter vorantreiben. Bei der Straße wollen wir den Fokus weiterhin stark auf Erhalt vor Neubau legen. Wir wollen das Potential der Wasserstraßen weiter nutzen unter Anwendung der Wasserrahmenrichtlinie.

Klimaschutz Sektorziele Verkehr

[Wir wollen uns an den Sektorziele Klimaschutz für den Verkehrsbereich orientieren und dabei soziale Belange und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft berücksichtigen und nationale Alleingänge beim Klimaschutz vermeiden.]

1321 [Wir streben an, die Sektorziele Klimaschutz für den Verkehrsbereich
1322 einzuhalten und zu erreichen und dabei soziale Belange und die
1323 Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft berücksichtigen.]

1324 [Für uns gelten die Klimaschutzziele, im Verkehr insbesondere und
1325 mindestens das Sektortziel 2030. Wir wollen sie erreichen und dabei soziale
1326 Belange und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft berücksichtigen.]

1327 [Für uns gelten die Klimaschutzesektorziele im Verkehr für das Jahr 2030. Wir
1328 wollen sie erreichen und dabei soziale Belange und die Wettbewerbsfähigkeit
1329 der Wirtschaft berücksichtigen. Wir setzen dabei auf Innovation,
1330 Hochtechnologie und Digitalisierung. Die individuelle Einschränkung der
1331 Mobilität lehnen wir ab.]

1332

1333 Emissionsarme und Emissionsfreie Mobilität (Push und Pull)

1334 Wir wollen die Entwicklung alternativer Antriebe technologieoffen fördern und
1335 die dazugehörigen Infrastrukturen weiter ausbauen.

1336

1337 Wir wollen den Ausbau der Ladeinfrastruktur rechtlich erleichtern, etwa durch
1338 Anpassungen im Wohneigentums-, Miet- und Baurecht, und fördern. Wir
1339 wollen die dynamischere Umstellung von Flotten, Bussen und Taxen anreizen.

1340

1341 [Dissens besteht bei Anreizen für Neuwageneinkäufen: [Wir werden in die Kfz-
1342 Steuer ein Bonus-Malus-System integrieren und so ausgestalten, dass ein
1343 starker Anreiz zum Kauf effizienter und emissionsarmer Neufahrzeuge
1344 besteht] oder [Wir wollen die bestehenden Anreize der Kaufprämie gängig
1345 machen.]]

1346 [Dissens besteht über Vorschläge zur Diesel- und Dienstwagenbesteuerung:
1347 [Wir wollen die Dieselsebesteuerung im Verhältnis zum Benzin schrittweise
1348 anheben, die Dienstwagenbesteuerung ökologisieren und wir werden uns
1349 dafür einsetzen, die europäische CO2-Grenzwerte ambitionierter zu gestalten
1350 und eine europäische und nationale Quote einzuführen.]]

1351

1352 Diesel / NoX

1353 Wir wollen saubere Luft, wir wollen Grenzwerte einhalten und Fahrverbote
1354 vermeiden.

1355

1356 [Wir wollen die technische Nachrüstung der im Verkehr befindlichen Diesel-
1357 Fahrzeuge, wenn dies motorentechnisch möglich ist. Die Kosten müssen die
1358 Automobilhersteller tragen.]

[Wir wollen die Ergebnisse der Arbeitsgruppe technische Lösungen des Dieselpipfels abwarten und dann über geeignete Maßnahmen entscheiden.]

[Dissens bei blauer Plakette: [Um pauschale Fahrverbote zu vermeiden, werden wir geeignete emissionsabhängige Differenzierungen zwischen Fahrzeugen einführen. Damit schaffen wir für Kommunen die rechtliche Voraussetzung, emissionsarme zu kennzeichnen und Einfahrtregelungen festzulegen, wenn keine anderen Luftreinhaltemaßnahmen mit geringerer Eingriffstiefe mehr zur Verfügung stehen. Den Fonds für nachhaltige Mobilität in Städten werden wir erhalten und weiter ausbauen.]]

DB

[Dissens herrscht bei der Frage der Trennung von Netz und Transport.]

Wir wollen ein einheitliches elektronisches Deutschlandticket / E-Ticket in Rahmen eines Mobilpasses.

Synthetische Kraftstoffe

Wir wollen Hemmnisse bei der Sektorkoppelung beseitigen, dies betrifft hier insbesondere synthetische Kraftstoffe und Wasserstoff.

Planungs- und Verfahrensbeschleunigungsgesetz

[Wir wollen Planungsbeschleunigung erreichen und orientieren uns dabei an der Strategie Planungsbeschleunigung (12 Punkte Programm vom Mai 2017), unter besonderer Berücksichtigung der vorgezogenen Bürgerbeteiligung.]¹

Wohnen

Angesichts stark wachsender Städte hat sich die Wohnraumversorgung zu einer zentralen Herausforderung entwickelt. Dies wird u.a. durch den Wegfall von Sozialbindungen verstärkt. Unser Ziel ist es, für ausreichenden, bezahlbaren und geeigneten Wohnraum für alle zu sorgen und auch Eigentumsbildung gerade für Familien zu ermöglichen.

Dabei sehen wir die Notwendigkeit, verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen so zu setzen und Investitionen so anzustoßen, dass in den nächsten vier Jahren insgesamt 1,5 Mio. neue Wohnungen gebaut werden. Wir werden dazu ein starkes Bündnis mit den Ländern, den Kommunen und allen relevanten gesellschaftlichen Akteuren anstreben.

¹ Grüne wollen 12 Punkte Liste genauer prüfen

1397 Wir sind uns einig, dass wir eine Reform des Wohngeldes brauchen. Wir
 1398 wollen eine Verstetigung der Mittel für die Städtebauförderung.
 1399

1400 [CDU/CSU; FDP: Wir wollen eine eigentumsfreundliche Ausgestaltung der
 1401 Grundsteuer] [GRÜNE: Wir wollen eine Umsetzung des
 1402 Bundesratsbeschlusses zur Grundsteuer.]
 1403

1404 Instrumente verbesserter Baulandbereitstellung:
 1405 Wir wollen, dass Grundstücke (von BIMA und DB) für Wohnungsbau den
 1406 Kommunen vergünstigt zur Verfügung gestellt werden.
 1407

1408 [CDU/CSU; FDP: Wir wollen die Verfügbarmachung von Baugrundstücken
 1409 verbessern durch Steuervergünstigung für Landwirte bei Reinvestition in
 1410 Mietwohnungsbau. Dabei bleibt die Planungshoheit bei den Kommunen]
 1411

1412 Haushaltswirkungen laut BMF nicht zu beziffern, grobe Schätzung ca. 0,1 Mrd.
 1413 €?
 1414

1415 Um den Wohnungsbau von Bundesebene weiter zu unterstützen, schaffen wir
 1416 Anreizinstrumente und wollen:
 1417 [CDU/ CSU; FDP: Eine degressive AfA für Wohnungsneubau für einen
 1418 begrenzten Zeitraum wiedereinführen.]
 1419 Haushaltswirkungen (für Erhöhung auf 4 % für 10 Jahre, auf 2,5% für 8 Jahre,
 1420 danach 1,25%): im Jahr laut BMF Bund 165 Mio. €, Länder 155 Mio. €,
 1421 Gemeinden 80 Mio. €, im Verlauf steigend
 1422

1423 [GRÜNE: Durch eine Investitionszulage sowie einen Steuerbonus eine Million
 1424 dauerhaft sozial gebundene, Wohnungen schaffen, um so untere und mittlere
 1425 Einkommen gezielt zu fördern und zu entlasten.]
 1426 Haushaltsauswirkungen: 1,5 Mrd. €/100.000 Wohnungen im Jahr
 1427

1428 [CDU/ CSU: Ein Baukindergeld über 10 Jahre pro Kind € 1.200.-. p.a.]
 1429 Haushaltsauswirkungen: BMF Wirkung im 1. Jahr: Bund 187 Mio. €, Land 187
 1430 Mio. €, Gemeinden 66 Mio. €, im Verlauf steigend
 1431

1432 [CDU/ CSU; FDP: Eine steuerliche AfA für energetische
 1433 Modernisierungsmaßnahmen über 5 Jahre.] (Abgleich Klimapapier notwendig)

1434 Haushaltsauswirkungen: siehe GE 17/6358 (steuerliche Förderung
1435 energetische Gebäudesanierung: volle Jahreswirkung 1,5 Mrd. €, für den
1436 Bund 638 Mio. €, 862 € Länder/ Kommunen

1437

1438 [CDU/ CSU; FDP: Die Möglichkeit der Einräumung von
1439 Grunderwerbsteuerfreibeträgen auf Länderebene durch bundesgesetzliche
1440 Rahmengesetzgebung.]

1441 [GRÜNE: Die Bundesländer werden in die Lage versetzt, für den Ersterwerb
1442 von selbstgenutztem Wohneigentum Freibeträge für die Grunderwerbsteuer
1443 einzuführen.]

1444 Haushaltswirkungen: Bund 0 Euro, Länder 100 %

1445

1446 Instrumente der Mietpreissicherung

1447 [GRÜNE: Wir wollen eine Weiterführung und Verbesserung der
1448 Mietpreisbremse.] [CDU/ CSU; FDP: Wir wollen die Abschaffung der
1449 Mietpreisbremse.]

1450 [CDU/ CSU: Wir wollen die Anwendung eines einfachen Mietspiegels als
1451 unbürokratisches und befriedendes Instrument stärken.]

1452

1453 Bürokratie- und Kostenabbau:

1454 [CDU/ CSU; FDP: Wir wollen keine weitere Anhebung der energetischen
1455 Anforderungen.]

1456

1457 [CDU/ CSU; FDP: Wir wollen keine zusätzlichen preistreibenden Vorgaben für
1458 den Wohnungsbau.]

1459

1460 [CDU/ CSU; FDP: Wir wollen die Evaluierung von Standards und Vorschriften
1461 für den Wohnungsbau mit dem Ziel der Beschränkung und Differenzierung.]

1462

1463 [GRÜNE: Wir werden Möglichkeiten der Kostensenkung beim Bauen und
1464 Wohnen in den Koalitionsverhandlungen näher betrachten, und zwar
1465 Instrumente zur Dämpfung der Kauf- und Baulandpreise, zur Senkung der
1466 Stückkosten im Wohnungsbau, einer Transparenzoffensive über Baukosten
1467 und Kaufpreise und ihren Be- und Entlastungen beim Wohnen, auch aus
1468 Fortschritt und Innovation, bei der öffentlichen Förderung und im
1469 Normungswesen, und die Empfehlungen der Baukostensenkungskommission
1470 dazu vertieft aufbereiten.]

1471

1472

10. Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Leitbild Landwirtschaft

Wir wollen eine vielfältige Agrarstruktur mit Voll- und Nebenerwerbsbetrieben im Land erhalten und mit den Bäuerinnen und Bauern einen gemeinsamen Weg in die Zukunft einer wirtschaftlich erfolgreichen Landwirtschaft gehen. Dieser soll Klima-, Boden- und Gewässerschutz und auch eine vielfältige Flora und Fauna gewährleisten. Die Landwirtschaft prägt unsere Kulturlandschaft, die Natur und unsere ländlichen Räume.

Landwirtschaft soll mit den Zielen des Umweltschutzes, der Biodiversität und Artenvielfalt sowie des Tierwohls in Einklang stehen. Unsere Landwirtinnen und Landwirte leisten einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherung und verdienen Achtung und gesellschaftliche Akzeptanz. Sie brauchen eine verlässliche Ertragssituation, die auch die Kosten für eine umwelt- und tierschutzgerechte Erzeugung deckt. Flächendeckende Landwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum.

GAP

Wir streben für die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) nach 2020 ein der heutigen Haushaltsausstattung der GAP vergleichbares Volumen auch in der neuen Förderperiode an.

[CDU/CSU/FDP: Wir wollen, dass die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) vereinfacht und modernisiert wird und in solider und berechenbarer Weise als ein zentrales Instrument ökonomischer, ökologischer, und soziokultureller Agrarstruktur- und ländlichen Entwicklungspolitik verstetigt wird.]

[CDU/CSU: Hierzu bedarf es einer besseren zielgenaueren Ausrichtung der GAP: zielgerichtete Direktzahlungen mit einer, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betriebe berücksichtigenden Degression der Zahlungen zu Gunsten kleinerer und mittlerer Betriebe und einer zweiten Säule, die sowohl Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes als auch des Tierwohls und der ländlichen Struktur befördert.]

[CDU/CSU: Die durch eine Degression nicht an landwirtschaftliche Betriebe in der 1. Säule ausgereichten Gelder sollen in den betroffenen Regionen verbleiben. Damit wird gerade in den Regionen mit einer großflächigen Landwirtschaft die 2. Säule gestärkt und eine Möglichkeit eröffnet, umfangreichere Agrarumweltprogramme anzubieten.]

[Grüne: Wir wollen bei der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik eine bessere Zielorientierung, hin zu mehr Umwelt-, Klima-, Naturschutz und Tierwohl. Entsprechend wollen wir noch in der laufenden Förderperiode aus der ersten Säule der GAP in die zweite Säule umschichten (xxx%) und von sogenannten Koppelzahlungen (xxx% für tier- und umweltgerechte Produktion) Gebrauch machen.

[FDP/ CDU/ CSU: Eine weitere Umschichtung über die bereits bestehenden 4,5% hinaus von der 1. in die 2. Säule lehnen wir ab. Die GAP muss planungssicher und verlässlich bleiben, um gute Zukunftsperspektiven für die Betriebe und den Nachwuchs zu sichern.]

Die GAP-Gesetzgebung, -verwaltung und -kontrollen sind so komplex geworden, dass sie die politische Zielrichtung nicht mehr erkennen lassen und dadurch Schlüssigkeit und Akzeptanz abnimmt. Die durch Kostendegression bedingte unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betriebe wird nicht berücksichtigt. Wir werden durch Vereinfachung und nachvollziehbare Regelungen den Landwirten eine nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln ermöglichen.

GAK / Bundesprogramme

Unabhängig von der GAP wollen wir eine nachhaltige Agrarpolitik, die zusätzliche gesellschaftliche Anforderungen erfüllt. Der Export in Entwicklungsländer darf dort nicht die Existenz von Bäuerinnen und Bauern zerstören. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen.

Dazu wollen wir auf nationaler Ebene eine bessere Ausstattung zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe GAK und Bundesprogramme.

Diese Mittel sollen

- für Tierwohl und die Maßnahmen zur Umsetzung der Haltungskennzeichnung
- Ställe der Zukunft,
- klimaschutzangepasste Produktion,
- Erhalt der Kulturlandschaft und der biologischen Vielfalt,
- gesunde Ernährung,
- Technologisierung und Digitalisierung sowie Präzisionslandwirtschaft eingesetzt werden. Darüber hinaus soll in Forschung und Innovation investiert werden.

1550 [CDU/ CSU/ FDP: Dies ist das Mittel der Wahl vor einer Ausweitung des
 1551 Ordnungsrechts.]
 1552
 1553 Tierwohl/Tierschutz/Haltungskennzeichnung
 1554 Auf Basis der Nutztierhaltungsstrategie wollen wir Trendsetter beim Tierwohl
 1555 werden. Wir wollen einen gesellschaftlichen Konsens für die Nutztierhaltung
 1556 herstellen, den Tierschutz voran bringen und den Tierhaltern dabei einen
 1557 verlässlichen, planungssicheren und wirtschaftlichen Weg ermöglichen.
 1558
 1559 Über die Förderung hinaus werden wir Lücken bei Haltungsnormen im
 1560 Tierschutzrecht gezielt schließen. Das Töten von Eintagsküken werden wir
 1561 endgültig beenden.
 1562
 1563 Wir wollen den Kompetenzkreis Tierwohl zu einem Runden Tisch Tierschutz
 1564 weiterentwickeln und die Nutztierstrategie zu einem Tierschutzplan
 1565 fortschreiben.
 1566
 1567 Wir wollen durch eine staatliche Kennzeichnung Markttransparenz hinsichtlich
 1568 der Haltung von Tieren herstellen, damit der Verbraucher eine
 1569 Entscheidungsfreiheit hat und die Bauern am Markt angemessene Preise für
 1570 gute Tierhaltung erzielen können. Das zunächst freiwillige, staatliche
 1571 Tierwohllabel wollen wir noch innerhalb der Legislatur zu einer verbindlichen
 1572 europarechtskonformen Haltungskennzeichnung weiterentwickeln. Wir achten
 1573 beim Ordnungsrecht und bei der Einführung der Haltungskennzeichnung auf
 1574 den Erhalt kleiner Strukturen und die ökonomischen Konsequenzen auf den
 1575 Betrieben.
 1576
 1577 Pflanzenschutz
 1578 Wir wollen in der Landwirtschaft und in der außerlandwirtschaftlichen
 1579 Anwendung den Einsatz chemischer Wirkstoffe der Menge nach reduzieren
 1580 und werden dabei die Möglichkeit der Präzisionslandwirtschaft nutzen.
 1581 Wir etablieren hierzu ein Reduktionsprogramm.
 1582
 1583 Wir werden umgehend die Ursachen des Rückgangs der Insektenpopulation
 1584 untersuchen und gleichzeitig ein Sofortprogramm für den Schutz und die
 1585 Verbesserung der Lebensbedingungen der Insekten erarbeiten und umsetzen.
 1586
 1587 Unser Augenmerk gilt den besonders sensiblen Gebieten. [Grüne: wieder
 1588 strittig]

1589 [Grüne: Zudem erhöhen wir den Anteil der Flächen ohne Pestizideinträge zum
1590 Schutz der Artenvielfalt deutlich. Wir setzen uns auf EU-Ebene für ein Verbot
1591 für alle Neonicotinoide und wirkungsähnliche Stoffe ein. Gebiete, die einen
1592 besonderen Schutzstatus haben, sollen besonders geschützt werden.]

1593
1594 Das Spektrum verfügbarer chemischer Präparate im Pflanzenschutz wollen wir
1595 um neue und zielgenauere, auch biologische, Wirkstoffe erweitern. Die
1596 Zulassung soll transparenter unabhängig und schneller werden. Grundsätzlich
1597 soll sich Pflanzenschutz an der Schadschwelle des Befalls bzw.
1598 Krankheitsgeschehens orientieren.

1599
1600 Die Frage des Glyphosateinsatzes wird nach einer Entscheidung der KOM
1601 aufgerufen. Ggf. werden wir nationale zusätzliche Maßnahmen im Sinne
1602 restriktiverer Anwendungen ergreifen.

1603
1604 Ökolandbau

1605 Neben dem konventionellen ist der ökologische Landbau eine wichtige Säule
1606 der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft. Dieser leistet einen hohen
1607 Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt. Dieser stark wachsende Markt mit hoher
1608 Wertschöpfung, der mit inländischer Erzeugung nicht befriedigt werden kann,
1609 bietet große Chancen. Wir werden das Zukunftsprogramm Ökolandbau
1610 umsetzen.

1611
1612 Verbraucherschutz

1613 Wir gehen von einem differenzierten Verbraucherleitbild aus, das sowohl
1614 umfassende Beratung und Transparenz als auch Information enthält, um
1615 selbstbewusste Entscheidungen treffen zu können.

1616
1617 Im Sinne einer Verbesserung der Rechtsdurchsetzung führen wir eine
1618 Musterfeststellungsklage ein. Eine ausufernde Klageindustrie lehnen wir ab.

1619
1620 Wir wollen beim digitalen [Grüne: Daten- und] Verbraucherschutz - IT-
1621 Sicherheit, Datenportabilität, voreingestellten Datenschutz - bei maximaler
1622 Transparenz unter Beachtung der Wettbewerbssituation sicherstellen. Wir
1623 wollen Transparenz bei Vergleichsplattformen schaffen. Wir setzen uns für
1624 einen diskriminierungsfreien Netzzugang ein, dafür ist Netzneutralität wichtig.

1625
1626 Wir richten eine Kommission ein, die uns bis Anfang 2019 Vorschläge für den
1627 Umgang mit Algorithmen macht.

1628

1629 Wir werden ein umfassendes Programm für gesunde Ernährung erarbeiten.

1630 Wir wollen eine nationale Strategie zur Reduktion von Zucker, Fetten und Salz

1631 in Fertigprodukten auflegen.

11. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und starke Kommunen

Kommunen sind die Grundlage des gesellschaftlichen und demokratischen Lebens. Unter Aufrechterhaltung der kommunalen Selbstverantwortung wollen wir die Leistungskraft der Kommunen stärken. Strukturschwächen in Stadt, Land und Regionen wollen wir begegnen. Dabei sind Bund und Länder in gemeinsamer Verantwortung.

Wir wollen die Fortführung, Sicherstellung und Anpassung aller bisher kommunal wirksamen Finanzprogramme. Die bisher aufgelegten Programme zur Unterstützung der Kommunen im Kontext Flucht, Zuwanderung und Integration sind derzeit mit 5,15 Mrd. veranschlagt. Dies sind Integrationspauschale (2 Mrd. Euro), flüchtlingsbezogene Kosten der Unterkunft (1,3 Mrd. Euro), Asylkostenbeteiligung (1,5 Mrd. Euro) und Hilfen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (350 Mio. Euro).

Für uns gilt der Grundsatz „wer bestellt, bezahlt“. Finanzmittel, die der Bund für Kommunen bereitstellt, müssen auch dort ankommen. Sollten neue Aufgaben seitens des Bundes auf die Kommunen zukommen, erfolgt eine entsprechende Kostenübernahme durch den Bund. Für bestehende Leistungsgesetze soll eine Standardprüfung erfolgen.

Bundesweit gleichwertige Lebensverhältnisse wollen wir in Anlehnung an geeignete Faktoren zur Bekämpfung von Strukturschwächen im ländlichen Raum, in Regionen und in Kommunen in allen Bundesländern ermöglichen. Das gilt insbesondere auch für Strukturentwicklung in Ostdeutschland. Dies umfasst im Rahmen einer Dezentralisierungsstrategie Maßnahmen der Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Bildung, Behördenansiedlung, Hochschule und Forschung, Digitalisierung, medizinische Versorgung und Unternehmensansiedlungen.

Eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ soll bis Ende 2018 konkrete Vorschläge erarbeiten.

Rahmenbedingungen für Zuwanderung und gelingende Integration müssen so gestaltet werden, dass diese von Kommunen gesellschaftlich, sozial, kulturell und wirtschaftlich bewältigt werden können.

Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement

1671 Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement sind für unser Gemeinwesen
1672 unverzichtbar. Das Engagement, den Einsatz und die Kreativität der vielen
1673 Menschen wollen wir noch stärker unterstützen. Anerkennung und
1674 Wertschätzung wollen wir durch Ehrenamts- oder Engagementkarten und
1675 Beratungsbüros oder Serviceagenturen fördern. Wir wollen mehr
1676 Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitssektor schaffen. Wir wollen die Zahl der
1677 Plätze in den Freiwilligendiensten ausweiten.

1678

1679 Viele Menschen engagieren sich in Vereinen, Initiativen und Verbänden für ein
1680 lebendiges Gemeinwesen. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften sind
1681 eine wichtige Stütze einer lebendigen Demokratie. Sie wie auch die
1682 Weltanschauungsgemeinschaften leisten einen wichtigen Beitrag für unsere
1683 lebendige Zivilgesellschaft, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die
1684 Werteorientierung. Deshalb wollen wir einen intensiven Dialog pflegen.

1685

1686

1687 **12. Kultur und Medien**

1688

1689 Kultur

1690 Leitmotiv der Kulturpolitik bleiben Freiheit und Vielfalt von Kunst und Kultur
1691 und die Stärkung der Kulturstandorts Deutschlands, in allen Regionen.

1692

1693 Wir werden die Erinnerungskultur stärken und ausbauen: unter anderem durch
1694 die Fortsetzung der Aufarbeitung der NS-Geschichte, weil es einen
1695 Schlussstrich nicht geben kann. Auch die SED-Diktatur muss weiter
1696 aufgearbeitet werden. Wir werden die Aufarbeitung der deutschen
1697 Kolonialgeschichte vorantreiben.

1698

1699 Wir wollen in dieser Legislaturperiode das Kulturgutschutzgesetz einer
1700 umfassenden und grundsätzlichen Evaluation unterziehen, um ggf.
1701 Änderungsbedarf festzustellen und diesen zu beheben.

1702

1703 Wir beabsichtigen, die Pauschalmargenbesteuerung im Kunsthandel als
1704 Regelfall in der praktischen Anwendung der Landesfinanzverwaltungen
1705 vorzusehen, wie von Bund und Ländern bereits beschlossen.

1706

1707 Medien

1708 Presse- und Medienfreiheit sind fundamentale demokratische Werte, die es
1709 unter allen Umständen zu schützen gilt.

1710

1711 Wir wollen die Qualität und Vielfalt der Medien auch in Zeiten der
1712 Digitalisierung und der sich wandelnden Mediennutzung erhalten und stärken.

1713

1714 Angesichts der Konvergenz braucht es faire Wettbewerbsbedingungen für alle
1715 Beteiligten.

1716

1717 Wir werden auf vielfältige Weise die Medienkompetenz weiter fördern.

1718

1719 Werte wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und unabhängiger Journalismus
1720 sind von elementarer Bedeutung. Bei der Vermittlung dieser Werte ist die
1721 Deutsche Welle gerade auch wegen ihrer Mehrsprachigkeit ein wichtiger
1722 Akteur, den wir national wie international weiter stärken wollen.

1723

1724

1725 **13. Europa**

1726

1727 Wir bekennen uns zur Gestaltung eines starken und geeinten Europa.
1728 Deutschland kann es nur gut gehen, wenn es auch Europa gut geht. Unser
1729 Ziel ist, unsere gemeinsamen Werte und Interessen in einer globalisierten
1730 Welt zu behaupten und zu verteidigen. Wir wollen im Geist des Miteinanders
1731 mit allen Partnern die EU weiterentwickeln und reformieren. Die deutsch-
1732 französische Zusammenarbeit ist für uns von herausgehobener Bedeutung.²
1733

1734 Wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion stärken, um Europa
1735 wirtschaftlich erfolgreicher zu machen und besser gegen Krisen zu wappnen.
1736 Europa braucht angemessene Investitionen. Die konsequente Anwendung des
1737 Stabilitäts- und Wachstumspakts ist die Grundlage für eine dauerhaft stabile
1738 Währung. Dazu muss im Binnenmarkt die wirtschaftliche Kohärenz der
1739 Mitgliedstaaten verbessert werden. Wirtschaftspolitische Koordinierung,
1740 Krisenprävention und Haushaltsüberwachung gehören zusammen.

1741

1742 [UNION: Notwendig ist die Bereitschaft der Mitgliedsstaaten,
1743 außergewöhnliche, unvorhersehbare wirtschaftliche Notsituationen, die sich
1744 der Kontrolle eines einzelnen Mitgliedsstaates entziehen, abzufedern; die
1745 Einführung von Instrumenten zu automatischen Transfers oder
1746 Schuldenvergemeinschaftung unterstützen wir nicht.]

1747

1748 [FDP: Wir befürworten keinen Stabilitätsmechanismus (fiscal capacity) zur
1749 Abfederung von Auswirkungen wirtschaftlicher Erschütterungen.]

1750

1751 [GRÜNE: Notwendig ist eine wirksame europäische Fähigkeit zur Abfederung
1752 asymmetrischer Wirtschaftsschocks; die Einführung von Instrumenten zu
1753 automatischen Transfers oder Schuldenvergemeinschaftung unterstützen wir
1754 nicht.]

1755

1756 [Der folgende Kompromissvorschlag konnte nicht geeint werden: Notwendig
1757 ist eine Fähigkeit, außergewöhnliche, unvorhersehbare wirtschaftliche
1758 Notsituationen, die sich der Kontrolle eines einzelnen Mitgliedsstaates
1759 entziehen, abzufedern; die Einführung von Instrumenten zu automatischen
1760 Transfers oder Schuldenvergemeinschaftung unterstützen wir nicht.]

1761

² Konsens: Teil zu Macron / Elysee-Vertrag geht ins Kapitel Außenpolitik.

1762 [UNION/GRÜNE: Bei der schrittweisen Vollendung der Bankenunion müssen
1763 die besonderen Rahmenbedingungen von Sparkassen und
1764 Genossenschaftsbanken berücksichtigt werden. Generell gilt der Vorrang von
1765 Risikoreduzierung vor Risikoteilung. Die Bankenunion muss auf das Ziel
1766 ausgerichtet werden, systemische Risiken, einschließlich derer, die von
1767 Staaten ausgehen, abzuwenden.]
1768
1769 [FDP: Angesichts der grenzüberschreitenden Aktivitäten der Banken ist eine
1770 gemeinschaftliche Strategie der EU für Banken und die Bankenaufsicht eine
1771 gute Idee. Ein europäisches Einlagerungssicherungssystem lehnen wir ab.]
1772
1773 Die Investitionskraft der EIB darf nicht geschwächt werden.
1774
1775 Wir treten für einen konsequenten Kampf gegen Geldwäsche, unfairen
1776 Steuerwettbewerb, Steuervermeidung und Mehrwertsteuerbetrug ein. Wir
1777 wollen einen verbindlichen und effektiven Informationsaustausch zwischen
1778 nationalen Steuerbehörden. Eine gemeinsame Steuerbemessungsgrundlage
1779 mit Partnern in Europa streben wir an.
1780
1781 Wir wollen angesichts der großen Herausforderungen zugunsten der Zukunft
1782 Europas einen angemessenen deutschen Beitrag zum EU-Haushalt leisten.
1783 Unser Ziel ist eine Gesamtmittelausstattung der EU, so dass sie die ihr
1784 übertragenen Aufgaben sachgerecht erfüllen kann. Effizienterer Mitteleinsatz,
1785 klare Ausrichtung auf europäischen Mehrwert sowie stärkere Verknüpfung der
1786 Strukturfondsmittel mit den länderspezifischen Empfehlungen sind nötig. Wir
1787 verfolgen den Ausbau der Forschungsförderung, von Mitteln für Afrikafonds
1788 und Entwicklungszusammenarbeit (Migration), von Ausgaben für äußere
1789 Sicherheit inkl. Grenzschutz und gemeinsame Außenpolitik sowie verstärkte
1790 Investitionen (zum Beispiel EIB/EFSI), etwa für Innovation, Infrastruktur und
1791 Klimaschutz.
1792
1793 [STRITTIG: Wir wollen Europäisches Recht 1:1 in deutsches Recht umsetzen.]
1794
1795 Den Rechtsstaatsmechanismus der EU wollen wir verbessern, die
1796 Kommission in ihrer Rolle als Hüterin der Verträge stärken sowie die
1797 Parlamentarisierung und Demokratisierung der EU fortsetzen. Die Wahrung
1798 des Subsidiaritätsprinzips betonen wir. Die stärkere Förderung der Mobilität
1799 junger Europäer gegen Jugendarbeitslosigkeit ist uns wichtig.
1800

1801 Wir bekennen uns zur europäischen Freizügigkeit und zur vertragstreuen
1802 Umsetzung des Schengen-Abkommens. Wir werden uns mit Nachdruck für die
1803 Schaffung eines gemeinsamen Schutzes der EU-Außengrenzen einsetzen; so
1804 dass dann insofern von Binnengrenzkontrollen im Rahmen des
1805 Schengensystems seltener Gebrauch gemacht werden muss.
1806
1807 Nicht zuletzt wegen der vielfältigen engen Beziehungen zur Türkei und deren
1808 Bedeutung messen wir diese an Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und
1809 Menschenrechten. Bei den Beitrittsverhandlungen wollen wir keine neuen
1810 Kapitel öffnen oder schließen und wir wollen keine Erweiterung der Zollunion
1811 ins Auge fassen. [Strittig: Wir begrüßen, dass die Vorbeitrittshilfen im Lichte
1812 der aktuellen Situation erst einmal begrenzt werden.]
1813 [FDP/CSU: Wir wollen uns im Rat für die Ersetzung des Beitrittsprozesses
1814 durch eine neue Form der Zusammenarbeit einsetzen.] So lange die Türkei
1815 die notwendigen Verpflichtungen nicht erfüllt, kann es keine Visa-
1816 Liberalisierung geben.
1817
1818 Wir bekräftigen die Beitrittsperspektiven für die Staaten des westlichen
1819 Balkans; dabei gilt: Aufnahme- und Beitrittsfähigkeit vor Schnelligkeit.
1820
1821 Wir werden die verlässliche Koordinierung zu europäischen Fragen in der
1822 Bundesregierung sicherstellen.
1823
1824

14. Internationale Politik, Verteidigung und Entwicklungs- zusammenarbeit

Unsere Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik basiert auf einer wertorientierten Realpolitik. Wir setzen uns für Frieden, Freiheit, Menschenrechte und demokratische Teilhabe in Europa und der Welt ein. Wir setzen auf eine regelbasierte internationale Ordnung und erkennen an, dass Deutschland diese alleine nicht garantieren kann. Deshalb sind die EU und starke, handlungsfähige internationale Organisationen, Allianzen und Bündnisse für Deutschland unentbehrlich.

Wir wollen die diplomatischen Ressourcen Deutschlands stärken. Priorität haben für uns zivile Krisenprävention, aktives Krisenmanagement sowie langfristige Stabilisierung im Interesse von nachhaltigen politischen Lösungen. Der deutsche Einfluss in den VN muss konzeptionell, personell und finanziell unserem politischen Gewicht entsprechen. Die Sicherheit unserer deutschen Auslandsvertretungen ist uns ein besonderes Anliegen.

Eine wachsende Gestaltungskraft der EU ist dabei eine wichtige Priorität. Wir treten ein für eine Stärkung der GASP.

Wir lassen uns von dem Gedanken kohärenten Regierungshandelns leiten. Das schließt vernetzte Sicherheit ein. Unter Kohärenz verstehen wir ein abgestimmtes Handeln aller international tätigen Ressorts.

Wir wollen die deutsch-französische Zusammenarbeit vertiefen. Wir werden Präsident Macrons Vorschlag einer Aktualisierung des Elysée-Vertrages aufnehmen.

Wir bekennen uns zur NATO und zu starken transatlantischen Beziehungen auf Grundlage unseres gemeinsamen Wertefundaments. Neben Kontakten zur Regierung der USA werden wir verstärkt auf eine Vertiefung der gesellschaftlichen Zusammenarbeit sowie verstärkte Kontakte zu Städten und Bundestaaten setzen.

Wir wollen gute Beziehungen zu Russland. Dabei setzen wir auf die Geltung des Völkerrechts, die Einigkeit des Westens und fortgesetzte Dialogbereitschaft.

1864 Wir wollen neue Kooperationsformate mit Entwicklungs- und Schwellenländern
1865 ausbauen sowie eine europäisch abgestimmte Afrikastrategie entwickeln. Wir
1866 setzen uns für eine gemeinsame europäische China-Strategie ein.
1867

1868 Wir bekennen uns zur Universalität der Menschenrechte, zur
1869 Rechtsstaatlichkeit und zur Herrschaft des Rechts in den internationalen
1870 Beziehungen und betrachten Menschenrechte als zentrale Konstante
1871 deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Dies schließt jegliche
1872 Benachteiligung aufgrund von Religion, ethnischer Herkunft, Geschlecht oder
1873 sexueller Orientierung aus.
1874

1875 Wir werden konkrete Maßnahmen ergreifen, um eine verstärkte Beteiligung
1876 von Frauen in der Krisenprävention, Konfliktbeseitigung und
1877 Friedenskonsolidierung zu finden. Wir setzen uns für den Schutz von Frauen
1878 und Mädchen vor Gewalt in bewaffneten Konflikten ein.
1879

1880 Wir bekennen uns nachdrücklich zu den multilateralen Verpflichtungen
1881 Deutschlands im Rahmen internationaler Institutionen wie den VN, der
1882 Europäischen Union, der NATO, der OSZE und dem Europarat. Wir
1883 unterstützen eine aktive Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik auf
1884 nuklearem und konventionellem Gebiet. Ziel unserer Politik ist eine
1885 nuklearwaffenfreie Welt. Nukleare Abrüstung ist der erste Schritt zu diesem
1886 Ziel. Deshalb werden wir eine diplomatische Offensive für nukleare Abrüstung
1887 auf den Weg bringen.

1888 [Grüne: Wir werden uns in der NATO dafür einsetzen, dass die in Deutschland
1889 verbliebenen Nuklearwaffen abgezogen werden und solange setzen wir das
1890 Modernisierungsprogramm aus.]
1891

1892 Wir streben eine gemeinsame europäische Rüstungsexportkontrollpolitik an.
1893 Die politischen Grundsätze der Bundesregierung von 2002 sind gemeinsamer
1894 Ausgangspunkt der Überlegungen. Rüstungsexporte werden wir restriktiv
1895 handhaben.
1896

1897 [Grüne: Die bestehenden Richtlinien der Bundesregierung werden wir
1898 weiterentwickeln. Wir wollen ein verbindliches Rüstungsexportkontrollgesetz
1899 vorlegen, das die Exporte in Krisenregionen und an Staaten mit eklatanten
1900 MR-Verletzungen verhindert und Rüstungsexporte begrenzt. Dazu sollen unter
1901 anderem die Kriterien der politischen Grundsätze stärker gesetzlich verankert
1902 werden. Zudem wollen wir die Regelungslücken bei der technischen

1903 Unterstützung und bei Geschäften von Tochtergesellschaften deutscher
1904 Unternehmen bei Rüstungsproduktionen und Rüstungsk Kooperationen im
1905 Ausland wirksam schließen.]
1906 [CDU, CSU, FDP: Wir wollen eine verbindliche Rüstungsexportkontrollpraxis,
1907 die Exporte in Krisenregionen verhindert und Rüstungsexporte begrenzt. Dazu
1908 sollen unter anderem die Kriterien der politischen Grundsätze leitend sein.]
1909 [Grüne: Wir werden vorerst alle Rüstungsexporte an Staaten stoppen, die
1910 Mitglied der Kriegsallianz im Jemen sind.]
1911 [CDU, CSU, FDP: Wir werden uns für eine technologisch starke
1912 Verteidigungsindustrie einsetzen, die europäisch konsolidiert die Aufträge
1913 unserer Streitkräfte erfüllen kann.]

1914

1915 Verteidigung

1916 Wir wollen Sicherheit in Europa weiterhin transatlantisch und zugleich
1917 europäischer gestalten. Wir betonen den Charakter der Bundeswehr als
1918 Parlamentsarmee und damit sie die ihnen erteilten Aufträge in allen
1919 Dimensionen sachgerecht erfüllen kann, werden wir den Soldatinnen und
1920 Soldaten die bestmögliche Ausrüstung, Ausbildung und Betreuung zur
1921 Verfügung stellen. Im Beschaffungswesen müssen die Synergien
1922 europäischer Kooperation besser genutzt werden bis hin zur Entwicklung einer
1923 Europäischen Verteidigungsunion. Für die Attraktivität des Dienstes in der
1924 Bundeswehr sind moderne Arbeitsbedingungen in Deutschland unentbehrlich.

1925

1926 Wir wollen die Bundeswehr VN-fähiger und europatauglicher machen und
1927 dafür insbesondere auf folgenden Gebieten ertüchtigen: Digitalisierung,
1928 Verlege- und Transportfähigkeit, unbemannte Aufklärung, mobile taktische
1929 Kommunikation.

1930

1931 Wir wollen die Friedensmission der Vereinten Nationen und die europäische
1932 Ausbildungsmission in Mali fortsetzen, um den politischen Prozess, die
1933 Umsetzung des Friedensabkommens und eine Sicherheitssektorreform zu
1934 unterstützen.

1935

1936 Mit Blick auf den Irak und Syrien streben wir an, die beiden bestehenden
1937 Counter Daesh Einsätze zu einem Mandat weiterzuentwickeln, das mit dem
1938 neuen Schwerpunkt Capacity Building im Rahmen der NATO einen Beitrag
1939 dazu liefert, verlässliche und politisch kontrollierte Sicherheitsstrukturen im
1940 Gesamt-Irak zu stärken, und die Aufklärungsflüge auf den Irak beschränken
1941 soll.

1942

1943 [Grüne: Wir streben eine Veränderung der Mission EUNAVORMED an, die die

1944 Operationen in den libyschen Hoheitsgewässern sowie auf dem Festland und

1945 die Ausbildung der libyschen Küstenwache unter den gegebenen

1946 Bedingungen ausschließen soll.]

1947 [CDU, CSU, FDP: Wir streben mit Blick auf das migrationspolitische

1948 Gesamtkonzept der Bundesregierung eine Weiterentwicklung der Mission

1949 EUNAVORMED auf europäischer Ebene an.]

1950

1951 Deshalb wollen wir in den Sondierungsgesprächen insbesondere folgende

1952 Fragen weiter besprechen:

1953

1954 »Die Frage bewaffnungsfähiger Drohnen«

1955 »RSM-Einsatz in Afghanistan«

1956

1957 Entwicklungspolitik

1958 Wir werden Entwicklungspolitik konsequent und wertebasiert als langfristige

1959 globale Nachhaltigkeits-, Stabilitäts- und Friedenspolitik im Rahmen eines

1960 kohärenten Politikansatzes gestalten. Wir werden die Effizienz und

1961 Wirksamkeit überprüfbar steigern und die Rolle der Zivilgesellschaft stärken.

1962 Die Umsetzung der Agenda 2030, der Ziele für nachhaltige Entwicklung

1963 einschließlich der internationalen Klimaverpflichtungen, ist Leitfaden deutscher

1964 Entwicklungspolitik.

1965

1966 Wir wollen eine starke multilaterale Entwicklungspolitik insbesondere durch

1967 handlungsfähige VN-Fonds und -Programme, die wir durch verlässliche

1968 Beiträge stabilisieren wollen. Das gilt insbesondere in Situationen, in denen

1969 Andere ihre Finanzierungszusagen zurückziehen.

1970

1971 Wir werden uns besonders einsetzen für:

1972 • Eine Welt ohne Hunger und Epidemien

1973 • Den Schutz globaler Gemeinschaftsgüter

1974 • Den Ausbau der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft

1975 • Die Bekämpfung von Fluchtursachen

1976 • Bildung und Ausbildung als Schwerpunkt in allen Partnerländern

1977

1978 [CDU, CSU, Grüne: Wir verfolgen vom Beginn der Legislaturperiode an das

1979 Ziel, die ODA-Quote bis 2020 bei 0.7% dauerhaft ohne Einrechnung der

1980 inländischen Ausgaben für Flüchtlinge zu erreichen. Die Ausgaben für

1981 Entwicklung sollen mindestens im Maßstab 1 zu 1 wie die Ausgaben für
1982 Verteidigung steigen auf der Grundlage] [CDU, CSU: des 51. Finanzplans]
1983 [Grüne: des Haushalts 2016.)
1984 [FDP: Wir werden in unserer Entwicklungszusammenarbeit auf Qualität, nicht
1985 Quantität setzen. Die Wirksamkeit der Maßnahmen steht für uns im
1986 Vordergrund gegenüber dem Festhalten an starren Prozentsätzen.]
1987
1988 Handel
1989 Freier und fairer Handel schafft Wohlstand für alle Beteiligten. Globalisierung
1990 muss gerecht gestaltet werden, deshalb müssen auch in der Handelspolitik die
1991 SDGs jederzeit beachtet werden.
1992
1993 Wir werden uns einsetzen für die Stärkung eines regelbasierten multilateralen
1994 Handelssystems, daher wollen wir die zentrale Rolle der WTO stärken. Bis
1995 dies erreicht ist, sind weitere bilaterale Handelsabkommen als Ergänzung
1996 notwendig, mit denen der Marktzugang für deutsche und europäische
1997 Unternehmen erreicht wird.
1998
1999 Wir wollen die Architektur künftiger Handelsabkommen nach dem Prinzip „EU
2000 only“ gestalten und Transparenz sowie Parlamentsbeteiligung im Verfahren
2001 von Anbeginn an stärken.
2002
2003 [FDP: Wir wollen die laufenden Verhandlungen über bilaterale
2004 Handelsabkommen zügig abschließen. Eine Überfrachtung der Handelspolitik
2005 mit sachfremden Themen lehnen wir ab.]
2006 [Grüne: Wir wollen faire Handels- und Investitionsabkommen ohne
2007 Investorenschiedsgerichte (ISDS und ICS).] [CDU, CSU, Grüne: Bei
2008 zukünftigen Handelsabkommen wird die Einhaltung international verbindlicher
2009 Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards festgeschrieben.] [Grüne: Alle
2010 Vertragsparteien müssen das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet haben.]
2011 [CDU, CSU, FDP: <Ein Abkommen zur Verbesserung der Handels- und
2012 Investitionsbeziehungen mit den USA bleibt notwendig.]
2013 Wir werden in dieser Legislaturperiode [CDU, CSU, FDP: ein/ Grüne: kein]
2014 Ratifizierungsgesetz für CETA in den Bundestag einbringen.
2015
2016

2017 **15. Haushalt und Finanzen**

2018

2019 Solide Finanzpolitik

2020

2021 Wir richten unsere Haushaltspolitik am Ziel der Nachhaltigkeit und Solidität
2022 aus, die keine Lasten auf zukünftigen Generationen verschiebt. Angesichts der
2023 guten konjunkturellen Lage und der damit verbundenen steigenden
2024 Steuereinnahmen wollen wir für die kommenden vier Jahre Haushalte ohne
2025 neue Schulden vorlegen. Unser Ziel ist es, dass Deutschland bis zum Ende
2026 der Legislaturperiode das Verschuldungskriterium des Maastricht-Vertrages
2027 von maximal 60 Prozent des BIP wieder erfüllt. Wir wollen sicherstellen, dass
2028 konjunkturelle Spielräume nicht zu strukturellen Haushaltsbelastungen in
2029 Zukunft führen.

2030

2031 [Wir wollen keine Substanzsteuern einführen oder erhöhen].

2032

2033 Die unter dieser Prämisse verbleibenden finanziellen Spielräume der nächsten
2034 vier Jahre wollen wir in angemessenem Umfang für Investitionen und für
2035 Entlastungen nutzen.

2036

2037 Daraus wollen wir folgende Maßnahmen prioritär umsetzen und finanzieren:

2038

2039 Entlastung von Familien, kleineren und mittleren Einkommen und Abbau des
2040 Soli

2041 Nachhaltige Finanz- und Steuerpolitik bedeutet, Leistung zu honorieren und
2042 die Ungleichheit in der Gesellschaft nicht zu verstärken. Unser Ziel ist es,
2043 insbesondere Familien und die Bezieher von kleineren und mittleren
2044 Einkommen zu entlasten bzw. zu fördern. Dazu werden wir zum xxxxxx das
2045 Kindergeld um 25 EUR je Kind anheben und den Kinderfreibetrag
2046 [Streichungswunsch GRÜNE: entsprechend] erhöhen. Zusätzlich wird der
2047 Kinderzuschlag reformiert und ausgeweitet, weil niemand wegen seiner Kinder
2048 in den Bezug von Sozialleistungen fallen soll

2049 (Passage muss mit Familienpapier abgeglichen werden.)

2050

2051 [UNION: Zudem wollen wir Familien mit Kindern über ein Baukindergeld von
2052 1.200 EUR pro Kind für zehn Jahre beim Erwerb ihrer „eigenen vier Wände“
2053 unterstützen.]

2054 (Passage muss mit Wohnpapier abgeglichen werden.)

2055

Der Solidaritätszuschlag wird schrittweise abgebaut. In einem ersten Schritt werden wir zum xxxxxx alle Einkommen bis xx.xxxx EUR (für Verheiratete xx.xxxx EUR) mit einem entsprechenden Freibetrag vom Solidaritätszuschlag freistellen. Damit fällt für xx Prozent aller bisherigen Zahler im unteren und mittleren Einkommensbereich der Solidaritätszuschlag vollständig weg, alle anderen zahlen weniger.

In einem zweiten Schritt wird [GRÜNE: aufkommensneutral] der Freibetrag auf xxxxx EUR angehoben und damit für xx Prozent der Bevölkerung vollständig abgeschafft. [UNION/FDP: In einem dritten Schritt zum xxxxxx wird der Solidaritätszuschlag für alle vollständig abgeschafft] [GRÜNE: Die Gegenfinanzierung muss verteilungspolitisch neutral erfolgen.]

Wir werden den gesetzlich verfassungsrechtlichen Auftrag zur Anpassung des Grundfreibetrages umsetzen und damit die Steuerzahler jährlich [um xx EUR]entlasten.

[UNION/FDP: Darüber hinaus wollen wir in einer Einkommenssteuerreform zum xxxxxx die Bürgerinnen und Bürger um xx Mrd. EUR entlasten und gleichzeitig die kalte Progression abmildern.] Wir diskutieren Maßnahmen zur Vereinfachung des Steuerrechts.

Investitionen in die Zukunft

Um Investitionen in dringend benötigte [GRÜNE: und sozial und Mietengebundene] Mietwohnungen anzureizen, werden wir zum xxxxxxxx die degressive AfA für den [GRÜNE: sozialen] Wohnungsneubau wiedereinführen.

Zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung werden wir ab 2018 für fünf Jahre eine entsprechende Sonderabschreibung für die Sanierung selbstgenutzter Gebäude einführen [GRÜNE: und ein Paket „Faire Wärme“ in Höhe von 3 Mrd. Euro pro Jahr verabschieden (u.a. energetische Modernisierung von Wohnvierteln/ kommunalen Gebäuden, 10.000 Wärmespeicher). Dies alles] Dies wollen wir mit der gleichgerichteten Förderung aus dem Energie- und Klimafonds kombinieren um Doppelförderungen zu vermeiden.

2093 Die Forschung und Entwicklung von [UNION/GRÜNE: kleinen und mittleren]
2094 Unternehmen wollen wir ab dem Jahr xxx [GRÜNE: mit 770 Mio. Euro pro
2095 Jahr (gesamtstaatlich)] steuerlich fördern.
2096

2097 Für den Ausbau der digitalen Infrastruktur wollen wir mit den Erlösen aus der
2098 Versteigerung der 5G-Lizenzen [und aus Privatisierungserlösen] einen
2099 entsprechenden Investitionsfonds mit einem Volumen von x,x Mrd. EUR
2100 einrichten. Aus diesem soll mit einem Volumen von x Mrd. EUR auch der
2101 digitale Anschluss von Schulen und Berufsschulen gefördert werden. Die
2102 darüber hinausgehenden Mittel werden zum weiteren Breitbandausbau
2103 verwendet.
2104

2105 [GRÜNE: Soweit Maßnahmen zur Reduzierung des Pestizideinsatzes und der
2106 Verbesserung der Tierhaltung nicht durch Ordnungsrecht erfolgen, sollen
2107 diese durch Verlagerung von 1. In die 2. Säule der GAP finanziert werden.
2108 Soweit Maßnahmen aus der GAK zu bezahlen sind, müssen sie Streichung
2109 von Subventionen an anderer Stelle gegenfinanziert sein. (siehe
2110 Vereinbarungen Agrar)]
2111

2112 [Von allen Sondierungspartner geklammert: Den Kommunen wollen wir
2113 finanzielle Spielräume, auch für Investitionen, erhalten, indem wir sie auch in
2114 den Jahren 2019 bis 2021 bei den Kosten für die Aufnahme und Integration
2115 von Flüchtlingen und Asylbewerbern entlasten. [In diesem Zusammenhang ist
2116 die Abfinanzierung des Fonds Deutsche Einheit zu entscheiden.] Die bisherige
2117 auf mehrere Maßnahmen verteilte Entlastung (Integrationspauschale,
2118 Spitzabrechnung, KdU, Kosten minderjährige Flüchtlinge) wollen wir in eine
2119 neu zu beschließende Integrationspauschale von xx Mrd. EUR pro Jahr
2120 zusammenfassen.]
2121

2122 [CSU: Die von Bund und Ländern vereinbarte Fortführung des GVFG bringt
2123 dauerhafte Vorteile für alle Verkehrsteilnehmer. Wir werden die
2124 Fördersummen entsprechend zusätzlicher besonderer Bedarfe, insbesondere
2125 an Verkehrsknotenpunkten, angemessen anpassen.]
2126

2127 [GRÜNE: Zum Erhalt einer verlässlichen Finanzbasis der Kommunen werden
2128 wir eine verfassungskonforme und aufkommensneutrale Reform der
2129 Grundsteuer ermöglichen. Dazu werden wir zügig in eine entsprechende
2130 Beratung auf Basis des Bundesratsbeschlusses einsteigen.]

[GRÜNE: Um die seit 2015 bestehende Verpflichtung zur Erfüllung der Quote bei der Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen, werden wir in einem ersten Schritt Im Rahmen der Überarbeitung der mittelfristigen Finanzplanung die von der alten Bundesregierung vorgesehenen Aufwüchse bei den Verteidigungsausgaben (10 Mrd. Euro) zur Finanzierung von ODA-relevanten Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit verwenden.]

[GRÜNE: Wir wollen angesichts der großen Herausforderungen zugunsten der Zukunft Europas einen angemessenen deutschen Beitrag zum EU-Haushalt leisten. Unser Ziel ist eine bessere Gesamtmittelausstattung der EU, so dass sie die ihr übertragenen Aufgaben sachgerecht erfüllen kann. Dazu werden 8 Mrd. Euro jährlich zur Verfügung gestellt.]

Abbau von Subventionen / weitere Maßnahmen

Wir treten für einen konsequenten Kampf gegen Geldwäsche, unfairen Steuerwettbewerb, Steuervermeidung und Mehrwertsteuerbetrug ein. Wir wollen einen verbindlichen und effektiven Informationsaustausch zwischen nationalen Steuerbehörden. Eine gemeinsame Steuerbemessungsgrundlage mit Partnern in Europa streben wir an.

Zur weiteren Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges beim Handel mit Waren im Internet werden wir gesetzliche Regelungen schaffen, um Betreiber von elektronischen Marktplätzen, die den Handel unredlicher Unternehmer über ihren Marktplatz nicht unterbinden, für die ausgefallene Umsatzsteuer in Anspruch zu nehmen.

[GRÜNE: Finanzpolitik soll durch Steuern keine falschen und umweltschädlichen Anreize setzen. Außerdem schaden umweltschädliche Subventionen dem Wettbewerb und bremsen Innovationen. Daher überprüfen wir Subventionen, die den Klimazielen widersprechen, mit dem Ziel, eines Abbaus in Höhe von 10 Mrd. Euro innerhalb der Legislaturperiode.]

Grundsätze der Priorisierung

Das finanzielle Volumen dieser prioritären Maßnahmen beläuft sich bezogen auf den Zeitraum von 2018 bis 2021 kumuliert auf xx Mrd. EUR.

Alle weiteren Maßnahmen, auf die sich die Koalition einigt, können nur finanziert werden, wenn sich zusätzliche finanzielle Spielräume ergeben oder eine entsprechende Gegenfinanzierung sichergestellt wird.

2170

2171 Im Falle zusätzlicher finanzieller Spielräume sollen die folgenden Maßnahmen
2172 zuerst umgesetzt werden:

2173

2174

